

Spontaneität der Basis und politische Funktion des Streiks 1914-1918 Das Beispiel Braunschweig*

1. ZUM INTERPRETATIONSRAHMEN

Die Streiks der Weltkriegs- und Revolutionszeit zeichneten sich im Gesamtprozeß der Industrialisierung vor allem durch zwei Merkmale aus: eine relativ große Spontaneität der Basis einschließlich einer starken Entfremdung von Führung und Massen sowie eine starke Politisierung des Streiks bis hin zum revolutionären Massenstreik. In dem jüngsten Versuch einer Zusammenfassung der Probleme dieser Zeit, den Feldman/Kolb/Rürup unternahmen, wurden die Massenbewegungen und das ihnen zugrundeliegende Spannungsverhältnis von Spontaneität und Organisation als Charakteristikum der Jahre 1917-1920 hervorgehoben¹. Eine Untersuchung des Streikverhaltens dieser Zeit kann daher nicht umhin, das spezifisch politische und ökonomische Umfeld des Streiks mit zu berücksichtigen. Die Streiks des 1. Weltkrieges müssen daher im Kontext der Massenbewegungen gesehen werden, zu denen sowohl die Lebensmittelunruhen wie die Umsturzaktionen, die Einrichtung von Arbeiter- und Soldatenräten, die Bildung von Betriebsräten zum Zweck der Sozialisierung, die Formierung von Oppositionsgruppen innerhalb der sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen, bewaffnete Aufstände sowie ziviler und militärischer Widerstand gegen den Kapp-Putsch gehören: Trotz der inzwischen stark angewachsenen Zahl der Studien über die Arbeiter-, Soldaten-, Betriebs- und Bauernräte der deutschen Revolution von 1918/19 sind übergreifende, den gesamten Zeitraum des Krieges und der Revolution abdeckende und alle verschiedenen Ausprägungen der Massenbewegungen einschließende Lokal- und/oder Regionalstudien noch überaus selten².

Die Forschungslage erklärt es, daß die einzelnen Phasen dieses revolutionären Prozesses meist sehr isoliert erscheinen. In bestimmten Periodisierungsversuchen werden daher oft

* Bei diesem Beitrag handelt es sich um das annotierte Manuskript eines Vortrags, der im Oktober 1976 auf einem workshop zum Thema »Streikbedingungen und Streikentwicklung in Deutschland 1860 - 1933« des Arbeitskreises »Historische Modernisierungsforschung« am ZI 6 der FU Berlin gehalten wurde. Siehe den gleichlautenden Kurzbericht von *Heinrich Volkmann* in: *IWK* 13, 1977, H. 1, S. 75. Das Manuskript ist leicht überarbeitet und ergänzt, aufgenommene Hinweise der Diskussionsteilnehmer sind in den Fußnoten kenntlich gemacht. Der Autor bedankt sich bei den Veranstaltern und Teilnehmern für eine Reihe hilfreicher Anregungen.

1 *Gerald D. Feldman / Eberhard Kolb / Reinhard Rürup*, Die Massenbewegungen der Arbeiterschaft in Deutschland am Ende des 1. Weltkrieges (1917 - 1920), in: *Politische Vierteljahrschrift* XIII, 1972, S. 84 - 105, hier S. 85.

2 Erwähnt seien *Volker Ullrich*, Die Hamburger Arbeiterbewegung am Vorabend des Ersten Weltkrieges bis zur Revolution 1918/19, Phil. Diss. Hamburg 1976, obwohl sie nur bis Anfang 1919 reicht; *Erhard Lucas*, Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt 1976 (behandelt im Vergleich Hamborn und Remscheid); *Klaus-Dieter Schwarz*, Weltkrieg und Revolution in Nürnberg, Stuttgart 1971. Auch diese Arbeit reicht leider nur bis in die Anfänge der Novemberrevolution.

nur (politische) Teilaspekte hervorgehoben, wie dies im Anschluß an A. Rosenberg auch heute noch geschieht, wenn die »Friedensbewegung« der Kriegszeit losgetrennt wird von der »Sozialisierungsbewegung« des Frühjahrs 1919 oder der »Betriebsrätebewegung« des Herbstes 1919³. Es kann und soll hier nicht bezweifelt werden, daß sich die Massenbewegungen in bestimmten Phasen auf sehr unterschiedliche Fragen konzentrierten. Die Frage der Kontinuität oder Diskontinuität, des kausalen Bedingungs- und Wirkungszusammenhangs, der durchgehenden positiven und/oder negativen Lernerfahrungen dieser Bewegungen ist aber noch keineswegs ausreichend erforscht und im Grunde nur auf der Basis sozialgeschichtlich fundierter Lokal- oder Regionalstudien aufzuklären⁴.

Die hier vorgetragenen Überlegungen sind ein Beitrag zu einem Interpretationsrahmen für Lokalstudien in vergleichender Absicht, der in einem größeren Forschungsprojekt über »Die Massenbewegungen 1917–1920 im Gebiet des heutigen Niedersachsen« Verwendung finden soll. Der Analyserahmen ist selbstverständlich nicht auf die Kriegszeit beschränkt, wenn er in diesem ersten Versuch auch nur für die Kriegszeit erprobt wird. Zunächst wird von den Ergebnissen der Forschung und den darin aufgeworfenen Fragen ausgegangen.

Für die Massenbewegungen ebenso wie für die Streiks als einen wichtigen Kern der Massenbewegungen wird das Spannungsverhältnis von Spontaneität und Organisation der zentrale Untersuchungsgegenstand sein. Die gesamte Variationsbreite von sogenanntem spontanen, d. h. »nicht routinemäßigem Verhalten in unstrukturierten Situationen« bis hin zu von formellen Institutionen strukturiertem und normiertem Verhalten ist zu untersuchen⁵. Alles das, was heute unter dem Sammelbegriff »Spontaneität« zusammengefaßt wird, der Prozeß der Verselbständigung der Basis, das Aktivwerden einzelner sozialer Gruppen (Konsumenten, Frauen, Jugendliche, Arbeiter) oder Organisationsteile (Obleute, lokale Partei- und Gewerkschaftsgliederungen), soll aufgeklärt werden. Dabei gilt es vor allem, die innere Organisation kollektiven Handelns, die unter dem Druck sozialer Not sich neu entwickelnden Kommunikations-, Koordinierungs- und Leitungsformen des kollektiven Handelns und der sozialen Bewegungen herauszuarbeiten, um auf diese Weise dem tief-sitzenden Mißtrauen der traditionellen Arbeiterorganisationen gegenüber der Eigenaktivität der Basis und der Diffamierung von Massenaktionen als dekadentem, von Affekten und Instinkten geleitetem, destruktivem Verhalten zu begegnen^{5a}.

3 So wäre es beispielsweise völlig abwegig, die Ursachen der Sozialisierungsbewegung 1919 ausschließlich in der Enttäuschung über den Verlauf der Revolution und nicht ganz wesentlich auch in den Erfahrungen der Kriegszeit zu suchen. Vgl. dazu die überspitzte Formulierung Rosenbergs: »Es ist merkwürdig, daß der Ruf nach dem Sozialismus nicht eine Ursache, sondern eine Folge der Novemberrevolution gewesen ist«, in: *Arthur Rosenberg, Geschichte der Weimarer Republik*, Frankfurt 1961, S. 19.

4 Dies haben die Studien von *Ullrich* und *Lucas* durchaus überzeugend dargetan.

5 Die Theorien »kollektiven Verhaltens« bieten einige sinnvolle Unterscheidungen zur Beschreibung von Massenbewegungen an. Die zitierte Definition für »spontanes« Verhalten wird darin bezeichnet als »kollektive Episoden«. Diese sind zu unterscheiden von »sozialen Bewegungen«, die als Bindeglieder zwischen kollektiven Episoden und stabilen institutionalisierten Parteien und Gewerkschaften angesehen werden, vgl. die Einleitung zu *Walter R. Heinz / Peter Schöber* (Hrsg.), *Theorien kollektiven Verhaltens. Beiträge zur Analyse sozialer Protestaktionen und Bewegungen*, Darmstadt/Neuwied 1972, 2 Bde.; *Bernhard Kroner*, *Massenpsychologie und kollektives Verhalten*, in: *Handbuch der Psychologie*, Bd. 7.2, Göttingen 1972, S. 1433 – 1510.

5a Allzugroße Spontaneität der Basis ist eines der zentralsten Probleme der Gewerkschaften seit deren Entstehung. Beispielhaft sei auf die Problematik der Durchsetzung der zentralen Streikreglements verwiesen. Die Haltung der Gewerkschaften im Weltkrieg und in der Revolution bedarf noch einer eingehenden Untersuchung. Die fast unglaubliche Schärfe, mit der während des Krieges nichtoffizielle Streiks seitens der Gewerkschaftsleitungen bekämpft wurden, belegen

Ausgangspunkt der Überlegungen soll die Frage nach den zentralen Erfahrungen während der Kriegs- und Revolutionszeit und ihrer Umsetzung in politisches Handeln sein. Zu untersuchen sind die Entstehungsbedingungen von Unruhen, Streiks und Umstürzbewegungen, die in diesen kollektiven Episoden gesammelten kollektiven Erfahrungen und ihre Bedeutung für die Basis- und Oppositionsbewegungen innerhalb und außerhalb der traditionellen Arbeiterorganisationen. Die bisherigen Formen der Vermittlung individueller und kollektiver Erfahrungen in politisches Handeln waren nach einer Phase der starken Normierung durch die institutionalisierten Vertreterorganisationen der Arbeiter (Gewerkschaften und Sozialdemokratische Partei) mit dem Ausbruch des Weltkrieges fragwürdig geworden⁶. Gleichzeitig setzte der ›Burgfrieden‹ für diesen unter der Dominanz der traditionellen Arbeiterorganisationen stehenden Lernprozeß völlig neue Rahmenbedingungen.

Negt/Kluge haben darauf hingewiesen, daß bei der Umsetzung von Erfahrungen in politisches Handeln die »proletarische Öffentlichkeit« eine entscheidende Vermittlungsfunktion wahrnimmt⁷. Daß das Herstellen und die rechtlich dauerhafte Sicherung von Öffentlichkeit ein wichtiges Moment im Prozeß der Bewußtwerdung von Ungerechtigkeit und Gewalt und des Aufbaus von Organisationen zur Bekämpfung dieser strukturellen Defizite darstellt, kann nicht bezweifelt werden. Die Ableitung des Begriffes »proletarische Öffentlichkeit« scheint bei Negt/Kluge allerdings nicht ganz gelungen, zumal die Abgrenzung zum Begriff der »bürgerlichen Öffentlichkeit« unklar geblieben ist⁸. Der Wert des Buches liegt möglicherweise in den Überlegungen, die die Autoren an konkrete Etappen der deutschen Arbeiterbewegung knüpfen⁹. Dies trifft gerade für die Behandlung der Weltkriegszeit zu¹⁰. Die Bezeichnung des Burgfriedens bei Ausbruch des Weltkrieges als »gesamtgesellschaftliche Scheinsynthese« ist durchaus geeignet, die damalige Öffentlichkeit auf Straßen und Plätzen, bei der Verabschiedung der Truppen, im Reichstag, in der Presse von links bis rechts und wohl auch in den Arbeitervierteln adäquat zu charakterisieren. Die Destruktion des Burgfriedens könnte dann beschrieben werden als ein Prozeß der Konstituierung einer Gegenöffentlichkeit, die die behauptete gesellschaftliche Synthese von 1914 als Scheinwirklichkeit aufdeckte. In diesem Sinne läßt sich die Entstehung der Massenbewegungen beschreiben als ein Prozeß der Konstituierung der Gegenöffentlichkeit.

Eine für die gesamte Dauer des Krieges gültige Definition der Gegenöffentlichkeit kann es nicht geben, da es sich um einen sich ständig ändernden, von der Kriegslage sowie von innenpolitischen Faktoren (Lebensmittelversorgung, Schleichhandel, Friedensaussichten, Arbeitsverhältnisse) abhängigen Prozeß handelte. Seine wichtigste inhaltliche Bestimmung erhält er aus seinem Gegensatz zum Burgfrieden und dessen gewaltsamer Aufrechterhaltung

die Streikberichte der einzelgewerkschaftlichen Jahrbücher für 1917 und 1918. – Für die Kritik an der romanischen Massenpsychologie siehe *Heinz / Schöber*, Einleitung, sowie *Kroner*, a. a. O. Diese Kritik kann weitgehend aufbauen auf *Theodor Geiger*, Die Masse und ihre Aktion. Ein Beitrag zur Soziologie der Revolution, Stuttgart 1926.

6 Vgl. *Friedhelm Boll*, Die deutsche Sozialdemokratie zwischen Resignation und Revolution. Zur Friedensstrategie 1890 – 1919, in: *Wolfgang Huber / Johannes Schwerdtfeger* (Hrsg.), Frieden, Gewalt, Sozialismus. Studien zur Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung, Stuttgart 1976, S. 179 – 281.

7 *Oskar Negt / Alexander Kluge*, Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit, Frankfurt 1972.

8 Siehe beispielsweise *Negt / Kluge*, S. 143, Anm. 39.

9 *Ebda.*, S. 132 ff.

10 *Ebda.*, S. 138.

durch den Belagerungszustand¹¹. Alles, was in der (sozialdemokratischen) Presse oder in öffentlichen Versammlungen nicht gesagt werden durfte, die Feststellung der Not, die Kritik an den bestehenden Verhältnissen, vor allem an der Kriegführung, an den mangelnden Friedensbemühungen und an der Burgfriedenspolitik von Partei und Gewerkschaften, gehört inhaltlich zur Gegenöffentlichkeit. Aus dieser Umschreibung ergibt sich, daß vornehmlich die Presse und die Versammlungen der sozialdemokratischen Opposition als organisatorische Träger der Gegenöffentlichkeit in Frage kommen. Dies trifft vor allem auf die Entwicklung von Gegenstrategien wie Kreditverweigerung, Internationalismus, Flugblattaktionen und Streiks zu. Jedoch gehörten auch Presse und Organisation der MSPD partiell zur Gegenöffentlichkeit, indem sie zumindest in einzelnen Bereichen dazu beitrugen, daß der Burgfrieden immer mehr zerstört wurde.

Die soziale Trägerschaft reichte weit über die sozialistisch orientierte Arbeiterbevölkerung hinaus in Kreise der Beamten- und Angestelltenschaft und des Kleingewerbes hinein. Daher wäre die Verwendung des Begriffs »proletarische Öffentlichkeit« nicht sinnvoll¹².

Soll der Prozeß der Konstituierung der Gegenöffentlichkeit nachvollzogen werden, so wäre es notwendig, die Formen der Gegenöffentlichkeit darzustellen, in denen sich dieser Prozeß der Desillusionierung vollzog. Es ist anzunehmen, daß diese Gegenöffentlichkeit vor allem dort entstand, wo überhaupt die Möglichkeit relativ unkontrollierter Kommunikation gegeben war: im industriellen Großbetrieb¹³, in Käuferschlangen¹⁴, bei Kantinengesprä-

11 Zur Zensur allgemein siehe *Wilhelm Deist* (Bearb.), *Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914 – 1918*, Düsseldorf 1970; für den Bereich des X. Armeekorps *Gerlind Mai*, *Die innenpolitische Stellung und Bedeutung der Militärbefehlshaber in den Anfangsjahren des Ersten Weltkrieges (1914 – 1916)*. Unter besonderer Berücksichtigung des X. Armeekorps (Hannover), Examensarbeit, Marburg 1975. – Zum Burgfrieden siehe *Victor Bredt*, *Der deutsche Reichstag im Weltkrieg*, in: *Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung und des deutschen Reichstages 1918 – 1926*, 4. Reihe: *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918*, Bd. 8, Berlin 1926 und zuletzt *Susanne Miller*, *Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im ersten Weltkrieg*, Düsseldorf 1974, S. 240 ff.

12 In der Berliner Diskussion war der Vorschlag gemacht worden, den Begriff »proletarische Öffentlichkeit« beizubehalten. Wichtiger als die Begrifflichkeit scheint in diesem Fall die Berücksichtigung der Bereiche, die nach *Negt / Kluge* ganz entscheidend die »proletarische Öffentlichkeit« beeinflussen: die Arbeitsverhältnisse, die Wohn-, Lebens- und Familienverhältnisse, die organisatorische Gestalt der proletarischen Interessenartikulation und des politischen Kampfes. Diese Bereiche werden hier, soweit es die Quellen erlauben, berücksichtigt. Der Begriff Gegenöffentlichkeit, der von *Negt / Kluge* übrigens synonym mit »proletarischer Öffentlichkeit« gebraucht wird, schließt diese Bereiche ein und erleichtert die Berücksichtigung soziologisch unterschiedlich zusammengesetzter, punktuell sich herstellender Öffentlichkeit in Lebensmittelunruhen oder Friedensdemonstrationen.

13 Ihre Bedeutung erwies sich in fast allen größeren Streiks des Weltkrieges. Vgl. dazu für Hamburg *Ullrich*, S. 268 ff. Die Möglichkeit der betrieblichen Kommunikation ist darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung unabhängiger sozialer Bewegungen neben den Gewerkschaften oder von Oppositionsbewegungen innerhalb der Gewerkschaften. Vgl. dazu die Entwicklung der revolutionären Obleute in Berlin, *Richard Müller*, *Vom Kaiserreich zur Republik*, Wien 1924; *Erwin Winkler*, *Die Bewegung der Berliner revolutionären Obleute im Ersten Weltkrieg – Entstehung und Entwicklung bis 1917* –, Phil. Diss. (MS) Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Berlin – DDR 1964. Siehe auch die Entwicklung des Leuna-Werks in Merseburg, *Eberhard Stein*, *Die Entstehung der Leuna-Werke und die Anfänge der Arbeiterbewegung in den Leuna-Werken während des Ersten Weltkrieges und der Novemberrevolution*, Phil. Diss. (MS) Halle-Wittenberg 1960.

14 Siehe dazu die Bemerkung bei *Eberhard Kolb*, *Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 – 1919*, Düsseldorf 1962, S. 20; sowie die Berichte des Braunschweiger »Volksfreund« über Lebensmittelunruhen in Oker/Harz (30. 3. 1915), Dresden (19. 5. 1915), Breslau (17. 5. 1915), Weißenfels (12. 8. 1915), Wolfenbüttel und Köln (24. 8. 1915), Solingen (18. 10. 1915).

chen¹⁵, in Menagekommissionen (Marine)¹⁶, in Arbeiterausschüssen¹⁷ und selbstverständlich auch in Versammlungen der formellen Arbeiterorganisationen¹⁸. Die Inhalte dieser Gegenöffentlichkeit beschäftigten sich vor allem mit den Themen, die die Klassengegensätze am deutlichsten zutage treten ließen: die Arbeitsbedingungen, die Lebensmittelversorgung und die Verhältnisse beim Militär¹⁹. Damit sind gleichzeitig auch die Zentren bezeichnet, in denen sich die Gegenöffentlichkeit lokalisieren läßt. Selbstverständlich gehört das Thema des Krieges selbst, die Kriegszieldiskussion, die Durchhalteparolen u. ä., mit an erster Stelle in die Liste dieser Themen der Gegenöffentlichkeit, jedoch wird dieser Inhalt nicht auf ein bestimmtes Kristallisationszentrum beschränkt gewesen sein.

Allein die Untersuchung der Konstituierung der Gegenöffentlichkeit reicht allerdings als Analyserahmen in vergleichender Absicht nicht aus, da die gesamte Breite der Gegenöffentlichkeit nicht zu erfassen ist. Insofern ist eine sinnvolle Auswahl der Bereiche zu treffen, von denen angenommen werden kann, daß sie für die Entstehung der Massenbewegungen besonders wichtig und für die Erklärung ihrer Verschiedenheit besonders relevant sind. Zur Identifizierung dieser Bereiche wird nochmals auf die bisherigen Forschungsergebnisse zurückgegriffen.

Als einen groben Indikator für die Massenbewegungen haben Feldman/Kolb/Rürup das Vorhandensein und die Stärke der USPD angesehen²⁰. Die Verbreitung der USPD aber zeigt eine bisher nicht zureichend aufgehellte Ungleichgewichtigkeit, die mit sozialstrukturellen Daten allein nicht erklärbar ist. Während in einzelnen industriellen Zentren wie Bremen, Braunschweig, Solingen, Remscheid, Gotha, Leipzig, Merseburg die USPD sehr stark war, konnte sie in anderen unter diesem Aspekt durchaus vergleichbaren Städten wie Hamburg, Hannover, Osnabrück, Magdeburg, Köln keinen bedeutenden Einfluß gewinnen²¹.

15 Das Stellvertretende Generalkommando Kassel zählt folgende Möglichkeiten für »Agitation« auf: »Spaziergänge, Kantine, Besprechungen im Volkshaus, Abholung von Lebensmittelkarten«; zitiert nach *Ewald Buchsbaum*, Die Linksentwicklung der Gothaer Arbeiterbewegung von 1914 – 1920 (unter besonderer Berücksichtigung von Entstehung und Entwicklung des linken revolutionären Flügels der USPD bis zu dessen Vereinigung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands im Dezember 1920), Phil. Diss. (MS) Halle – Wittenberg 1965, S. 71.

16 *Hans-Joachim Bernard*, Die Entstehung einer revolutionären Friedensbewegung in der deutschen Hochseeflotte im Jahre 1917, in: *Revolutionäre Ereignisse und Probleme in Deutschland während der Periode der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution 1917 – 1918*, Berlin – DDR 1957, S. 89 ff.

17 *Dieter Baudis*, Die Arbeiterausschüsse im Mansfelder Kupferschieferbergbau in der Zeit des Ersten Weltkrieges, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1962, T. 3, S. 28 – 53; siehe auch den Arbeiterausschuß des Leuna-Werkes, in: *Stein*, S. 219 – 244.

18 Die ersten Meldungen über Unmut von Parteimitgliedern über die Haltung der Partei im Aug. 1914 finden sich im »Vorwärts« bereits für Okt. 1914. Siehe auch die Polizeiberichte über die ersten nach Kriegsausbruch in Berlin abgehaltenen Parteiveranstaltungen im Okt. 1914, abgedr. in: *Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Reihe II: 1914 bis 1945, Bd. 1: Juli 1914 – Oktober 1917, Berlin – DDR 1958, S. 41 f. Bericht über eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins des 11. Berliner Wahlkreises am 6. Okt. 1914.

19 *Erich Volkmann*, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925; *Das Werk des Untersuchungsausschusses der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1918 – 1926*, 4. Reihe: *Die Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918*, Bd. 10. 1: *Gutachten der Sachverständigen Alboldt, Stumpf, v. Trotha zu den Marinevorgängen 1917 und 1918*, Berlin 1928; Bd. 10. 2.: *Tagebuch des Matrosen Richard Stumpf*, Berlin 1928.

20 *Feldman / Kolb / Rürup*, a. a. O., S. 100.

21 *Peter Kuckuck* (Hrsg.), *Revolution und Räterepublik in Bremen*, Frankfurt 1969; *Heinrich Schmidt*, *Politische Geschichte Ostfrieslands. Beiträge zur Kultur- und Wirtschaftsgeschichte des ostfriesischen Küstenlandes*, Bd. 5, Leer 1975, S. 462 ff.; *Ernst-August Roloff*, Braunschweig und

Susanne Miller führt vier Faktoren für die Herausbildung von USPD-Hochburgen an: Sozialstruktur, Rolle der Persönlichkeit, lokale und regionale Parteipresse und lokale Parteigeschichte. Während sie einige sozialdemokratische Persönlichkeiten mit bedeutendem lokalen Einfluß aufzählt: Meerfeld und Sollmann in Köln, Hué für das Ruhrgebiet, Dißmann für Frankfurt (USPD), und auch den Einfluß regionaler und lokaler USPD-Blätter vor allem in Mitteldeutschland und im Bergischen Land erwähnt, unterläßt sie es, ihre Beobachtungen systematisch zu prüfen und zu gewichten²². Ihre Feststellungen sind aber auf jeden Fall zu berücksichtigen.

Hartfrid Krauses Versuch, die USPD-Wahlstärke 1919 und 1920 mit der Sozialstruktur der Reichstagswahlkreise zu korrelieren, ist methodisch konsequenter angelegt als Millers Interpretation. Ein wichtiges Ergebnis dieses Versuchs verdient festgehalten zu werden: Nur ausgesprochen industrielle Ballungsgebiete kamen als USPD-Hochburgen in Frage²³. Jedoch bleibt diese Systematisierung der USPD-Wahlkreise allein auf der Basis der USPD-Wahlstärke und in Abhängigkeit von der Sozialstruktur unbefriedigend, weil damit das relative Zurückbleiben der USPD in einigen Industriezentren wie in Hamburg, Hannover und Magdeburg oder ihre stark verzögerte Entwicklung in Berlin nicht erklärt werden können. Zudem werden bevölkerungsmäßig kleinere USPD-Hochburgen wie Braunschweig und Gotha aufgrund der ländlich strukturierten Teile ihrer Reichstagswahlkreise nicht adäquat berücksichtigt²⁴. Offensichtlich muß das Verhalten der Organisationen, der Presse und ihrer Leitungsgruppen mit in die Überlegungen einbezogen werden²⁵.

Darüber hinaus kommt dem betrieblichen Erfahrungsfeld gerade in seiner Funktion als Kommunikationszentrum, als Sozialisationsagentur für »Neuarbeiter« (Frauen und Jugendliche), als Ausgangspunkt für kollektives Handeln (Streik, spontane Bildung von Betriebsräten, Sozialisierungsaktionen) eine entscheidende Bedeutung im Hinblick auf die Frage der Kontinuität oder Diskontinuität der Massenbewegungen zu.

Über diese Erklärungsansätze hinaus soll hier das Problem der primären Reproduktion (Lebensmittelversorgung, Wohnungssituation, Preise, Schleichhandel) gesondert erwähnt werden als eigenständiger Bereich, in dem wichtige persönliche und politisch sehr bedeutsame Erfahrungen gesammelt wurden. Damit sind vier Bereiche zusammengestellt, die gleichzeitig die zentralen Kristallisationskerne der Gegenöffentlichkeit darstellen:

1. Betrieb
 - als Kommunikationszentrum
 - als Erfahrungsbereich von Klassengegensätzen, je nach Sozialstruktur differenziert (Bergbau, Schiffbau, Metallverarbeitung, chemische Industrie)

der Staat von Weimar, Braunschweig 1964, S. 208; für Solingen und Remscheid siehe *Lucas*; zu Gotha siehe *Buchsbaum*; *Kurt Schneider*, Der politisch-ideologische Differenzierungsprozeß der Leipziger Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges, Phil. Diss. (MS) Leipzig 1964; zu Merseburg siehe *Stein*; zu Hamburg siehe *Ullrich*; *Karl Anlauf*, Die Revolution in Niedersachsen, Hannover 1919; *100 Jahre SPD in Osnabrück*, Osnabrück 1975; zu Magdeburg und zu Köln sowie zum Gesamtzusammenhang siehe *Kolb*, S. 92 und 97; zu Köln siehe auch *Helmut Metzmacher*, Novemberumsturz und Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 im Rheinland, Phil. Diss. (MS) Bonn 1965.

22 *Miller*, S. 169 – 177.

23 *Hartfrid Krause*, USPD. Zur Geschichte der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Frankfurt/Köln 1975, S. 172 – 186.

24 *Ebda.*, S. 184 f.

25 Dies gilt besonders im Hinblick auf die MSPD-Hochburgen Hamburg und Hannover, siehe dazu bereits *Krause*, S. 181.

- als Konfliktbereich verschiedener Arbeitergruppen: Frauen und jugendliche Arbeiter, Facharbeiter, »Massenarbeiter«, Schwer- und Schwerstarbeiter, gewerkschaftlich geschulte Arbeiter²⁶
- als Aktionsfeld für Gegenaktionen und als Basis sozialer Bewegungen: Streikräte, Arbeiterräte, syndikalistische Organisationen
- 2. Primäre Reproduktion
 - als Kommunikationszentrum (Käuferschlangen)
 - als Erfahrungsbereich von Klassengegensätzen (Schleichhandel, Wohnungsnot, Preissteigerungen)
 - als Konfliktbereich mit anderen gesellschaftlichen Gruppierungen: Stadt-Land-Gegensatz, Schwerstarbeiterzulage, Volksküchen
 - als Aktionsfeld für Gegenmaßnahmen und (autonome) soziale Bewegungen: Lebensmittelunruhen, Konsumentenausschüsse, Arbeiterausschüsse, kommunale Arbeiterräte
- 3. Sozialdemokratische Presse
 - als Medium der Erfahrungsvermittlung und der Gegenöffentlichkeit schlechthin
 - als Erfahrungsbereich von Klassengegensätzen (Zensur, Verbot)
 - als Vermittler von Gegenideologien systemverändernder oder systemsprengender Art (Bedeutung der Theoriebildung)²⁷
- 4. Sozialdemokratische Organisationen
 - als Kommunikationszentren
 - als Erfahrungsbereich von Klassengegensätzen (Versammlungs-, Demonstrations- und Streikverbot)
 - als Aktionsmittel für Gegenaktionen und revolutionäre Gegenstrategien oder reformorientierte Integrationsstrategien (Bedeutung von Persönlichkeiten und festen Organisationsapparaten)

26 Dieser Konfliktbereich hat bereits innerhalb der Literatur zu heftigen Auseinandersetzungen geführt; vgl. *Lucas*, S. 10 und 250, mit einer fundierten Kritik an der These der sogenannten Massenarbeiter; ebenfalls nimmt dazu Stellung *Jürgen Kocka*, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914 – 1918*, Göttingen 1973, S. 52, mit berechtigter Kritik an der These von *Klaus Dieter Schwarz*, *Weltkrieg und Revolution in Nürnberg*, Stuttgart 1971, S. 170 ff., der behauptet, die Schwer- und Schwerstarbeiter hätten gegenüber den Festbesoldeten durchaus zufrieden sein können. *Peter von Oertzen*, *Betriebsräte in der Novemberrevolution*, 2. erw. Aufl., Bonn – Bad Godesberg 1976, S. 271 ff., betont sehr stark den Konflikt zwischen gewerkschaftlich geschulten älteren Arbeitern und sogenannten Neuarbeitern.

27 Die Bedeutung der Presse für die Entwicklung der Oppositionsbewegung wurde bereits von den Zeitgenossen während des Ersten Weltkrieges sehr heftig diskutiert. Dazu gibt es verschiedene Äußerungen führender Vertreter der USPD. Hier sei *Luise Zietz* zitiert: »Der Wert der Presse ist in Zeiten der Reaktion, in denen die mündliche Agitation erschwert ist, natürlich noch weit größer als in normalen Zeiten, und uns fehlte die Presse in dieser Zeit doppelt. Wo wir deshalb wie in Leipzig, Halle, am Niederrhein, in Thüringen, mit der Presse und unserem alten Organisationsapparat arbeiten konnten, ist es überall glatter und leichter vorwärts gegangen als dort, wo uns die Presse und der Organisationsapparat fehlten«. (Hervorhebung von F. Boll), zitiert nach: *Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 2. bis 6. März 1919 in Berlin*, S. 47. Ähnlich äußerten sich *Kautsky* (»Die sozialdemokratische Presse ist die einzige Quelle, aus der es [d. h. das Proletariat] sein Wissen von den Vorgängen in der Welt schöpft. Was es nicht in der Zeitung findet, existiert nicht für sein Denken; was es in der Zeitung findet, muß es gläubig hinnehmen, ohne es kontrollieren zu können«. *L. Kantorowicz*, *Die sozialdemokratische Presse Deutschlands*, Diss. Tübingen 1922, S. 11) und *Adolf Braun*, s. *Schwarz*, S. 57. – Zur Rolle der Theorie als Legitimation von Gegengewalt s. *Johannes Schwerdtfeger / Wolfgang Huber*, *Frieden und Gewalt in den Handlungsmustern der sozialistischen Arbeiterbewegung*, in: *dies.* (Hrsg.), *Frieden, Gewalt, Sozialismus*, S. 763 – 809, hier S. 797 ff.

- als Hemmnis für Gegenaktionen und Gegenstrategien und, darauf folgend,
- als Aktionsfeld von Oppositionsbewegungen

Aus dieser Aufstellung geht hervor, daß die Gruppierungen der für die Entstehung von Massenbewegungen relevanten Faktoren unter dem leitenden Gesichtspunkt der Gegenöffentlichkeit primär bezogen sind auf die Kriegszeit. Im Anschluß an die Illustration dieser Vorgehensweise am Beispiel Braunschweigs wird darauf zurückzukommen sein. Andererseits zeigen die stichwortartig aufgeführten Hinweise, daß diese Bereiche auch in der Revolutionszeit wichtige Zentren der Sammlung und Vermittlung von persönlichen und politischen Erfahrungen darstellten.

Die politische Bedeutung der oben erwähnten informellen, nichtorganisierten Gegenöffentlichkeit wird hier vor allem deshalb hervorgehoben, weil sie in dem Maße anwuchs, wie die traditionellen Institutionen der Gegenöffentlichkeit, das sozialdemokratische und das gewerkschaftliche Versammlungswesen und die sozialdemokratische Presse, sich selbst als Gegenöffentlichkeit ausgeschaltet hatten oder aufgrund des Belagerungszustandes mundtot gemacht worden waren.

Die Auswirkungen des von den Arbeiterorganisationen mitbegründeten Burgfriedens bestanden u. a. darin, daß die bisherigen Interpretationsmuster, die sich nicht dem Burgfrieden unterordneten – und dazu gehörte auch der Streik als legitimes Arbeitskämpfungsmittel –, kriminalisiert und somit in Kommunikationssysteme unterhalb der legalisierten Öffentlichkeit abgedrängt wurden. Die sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kommunikationsmedien zur Verarbeitung von primären Erfahrungen der Ausbeutung und der Not wurden ihrer Funktion teilweise entkleidet, die Gewalt des Krieges und die daraus folgende Zuspitzung der sozialen Lage (Arbeitslosigkeit zu Beginn des Krieges, Reallohnverlust, Frauenarbeit, erhöhter Arbeitsdruck u. a.) konnten nicht mehr wie in der Vorkriegszeit in politische Strategie und in politisches Handeln umgesetzt werden. Sie mußten mehr oder weniger schicksalhaft hingenommen werden. Das resignative Akzeptieren des Krieges, den man nicht gewollt hatte, den man auch nicht verhindern konnte und der nun ertragen werden mußte, kennzeichnet die Erklärung des 4. August ebenso wie die sozialdemokratische Presse der ersten Kriegsmonate²⁸.

Besondere Bedeutung besaß die Öffentlichkeit als Medium, in dem Streiks vorbereitet wurden, in dem Erfahrungen über die realen Betriebsverhältnisse ausgetauscht, Versammlungen zur Gewinnung von Gleichgesinnten, Demonstrationen als Test der Kampftenschlossenheit, Abstimmungen über Streikanträge abgehalten und vor allem zentrale gewerkschaftliche Planung und Leitung organisiert werden konnten. Auch dieser Öffentlichkeit der Streikvorbereitung war mit dem Burgfrieden die legale Grundlage entzogen. Der Streik als Mittel des Arbeitskampfes, als Beweis der eigenen Stärke und der subjektiven Richtigkeit der Gesellschaftsanalyse widersprach nun der herrschenden Öffentlichkeit und stand auf der Schwelle der Illegalität. Gleichzeitig war er politisch ungemein aufgewertet worden, wurde er doch von allen Seiten als ein sensibler Indikator der politischen Stabilität und des »Durchhaltewillens« der Bevölkerung betrachtet. Diese politische Bedeutung des Streiks wurde gerade auch für die Streikenden dadurch besonders unterstrichen, daß die staatliche Gewalt in Gestalt des Stellvertretenden Generalkommandos immer häufiger als

²⁸ Dieser resignative Grundzug und die Einschätzung des Krieges als Schicksal ergeben sich aus einer vergleichenden Analyse der »Bergischen Arbeiterstimme« (Solingen), des »Volksfreund« (Braunschweig) und des »Vorwärts« für die Monate August bis Dezember 1914.

Vermittlungsinstanz auftrat bis hin zu ihrer Institutionalisierung in den Schlichtungsausschüssen des Hilfs-Dienst-Gesetzes (HDG), in denen der militärische Vertreter den »unparteiischen« Vorsitzenden stellte.

Die politische Zielrichtung vieler Streiks kam auch durch die starke Lebensmittelteuerung zustande, die vielfach zum Streikanlaß wurde. Damit war häufig nicht mehr der Arbeitgeber der Adressat des Streiks, sondern der Staat als derjenige, der gezwungen werden sollte, die Brotationen zu erhöhen, eine Schwer- und Schwerstarbeiterzulage zu gewähren oder kommunale Volksküchen einzurichten. Vom Streikkampf um mehr Brot zum Streik gegen den Krieg als den Verursacher der Lebensmittelnot war dann kein weiter Schritt mehr, zumal das Weiterkämpfen angesichts der als günstig eingeschätzten Kriegslage und der maßlosen Kriegszielforderungen der das Kaiserreich stützenden gesellschaftlichen Schichten immer mehr als eine Frage der Klassenausinandersetzung angesehen wurde²⁹. Auf diesem Hintergrund wird es verständlich, daß sich innerhalb von drei Jahren ein Prozeß vom Akzeptieren des Burgfriedens 1914 über einstündige Lohnstreiks 1915/16 bis hin zu politischen Massenstreiks »zur Erringung des Friedens«³⁰ im August 1917 / Januar 1918 abspielen konnte.

2. DAS BEISPIEL BRAUNSCHWEIG

2.1 Sozioökonomische Voraussetzungen

Da die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse zwar eine notwendige Voraussetzung, aber keine hinreichende Erklärung für eine starke Massenbewegung sind, sollen hier nur die wichtigsten sozioökonomischen Daten erwähnt werden. Die Landeshauptstadt Braunschweig (ca. 143 000 Einwohner) besaß eine reichhaltige Industrie, unter der der Maschinenbau und die Konserven- und Nahrungsmittelindustrie herausragten. 1913 lauteten die Beschäftigtenzahlen für das Herzogtum in Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten: insgesamt ca. 55 600; in Maschinenbau und Metallverarbeitung ca. 15 600; in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ca. 14 000³¹. Kennzeichnend für diese Verarbeitungsindustrien waren Klein- und Mittelbetriebe. Die Mühlenbauanstalt Amme, Giesecke und Konegen als größtes Unternehmen am Ort beschäftigte 1917 nicht mehr als 1900 Arbeiter und Angestellte. Der Maschinenbau war bis auf wenige Ausnahmen wie z. B. das LKW-Werk Büssing (1040 Beschäftigte) oder die Eisenbahnsignalbauanstalt Jüdel & Co. (870 Beschäftigte) von der Nahrungsmittelindustrie abhängig und mit ihr eng verflochten:³² Konservendosenmaschinen, Dampfkessel, Gasometer, Mühlen, Speichieranlagen wurden in Braunschweig hergestellt und teilweise auch hier, im Zentrum der deutschen Konservenindustrie, abgesetzt³³. Neben diesen Industriezweigen gab es noch einige Spezialfabriken für optische Geräte

29 Dies hat schon *Bredt*, a. a. O., herausgearbeitet.

30 Herzogliche Polizeidirektion Braunschweig, Polizeibericht vom 22. 8. 1917, in: Staatsarchiv Wolfenbüttel (zitiert als STA WF), 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402, Arbeiterbewegungen und Arbeitseinstellungen während der Kriegszeit 1916 – 1918.

31 *Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten des Staates Braunschweig für die Jahre 1914 – 1918*, Berlin 1919, S. 24 – 29.

32 STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402, Aufstellung der herzoglichen Polizeidirektion Braunschweig vom 15. 8. 1917.

33 *Georg Kanzow*, Grundzüge der braunschweigischen Industrie. Ein Beitrag zur Wirtschaftskunde Niedersachsens, Hannover 1918, S. 43 – 62.

(Voigtländer), Pianobau (Grotrian-Steinweg, Zeitter und Winkelmann) und im polygraphischen Gewerbe (Westermann, Vieweg)³⁴. Die Arbeitskräftestruktur dieser Industriezweige zeichnete sich aus durch einen festen Stamm hochqualifizierter Facharbeiter, vor allem in der Metallbranche, und wenig qualifizierter Arbeitskraft in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie (Frauen, Saisonarbeiter), zumal die verarbeiteten Lebensmittel (Spargel, Bohnen, Erbsen, Zuckerrüben) fast alle im Braunschweigischen angebaut wurden. Entsprechend der Arbeitskräftestruktur führten die Verbände der Fabrikarbeiter und der Metallarbeiter die Liste der Gewerkschaften in Braunschweig an³⁵.

Tabelle 1: Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Stadt Braunschweig

	Gewerkschaftskartell			Metallarbeiter			Fabrikarbeiter		
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Männer	Frauen
31. 12. 1913	19 855	16 707	3 148	5 330	5 150	180	5 360	3 604	1 756
31. 12. 1914	13 954	11 074	2 880	3 498	3 237	184*	4 304	2 557	1 747
31. 12. 1915	10 288	7 745	2 543	2 573	2 401	172	3 450	1 850	1 600
31. 12. 1916				2 655	2 276	379	3 860	1 682	2 124
31. 12. 1917				2 519			3 809	1 569	2 240
31. 12. 1918				5 190					
31. 12. 1919				7 675			8 869		
31. 12. 1920				6 200			9 627		

* und 77 Jugendliche

Die Lebensmittelverhältnisse gestalteten sich während des Krieges in Braunschweig sicherlich nicht schlechter als in vergleichbaren Städten. Es muß angenommen werden, daß sie eher besser waren als in großen industriellen Zentren, da in Braunschweig und Umgebung sehr viel Lebensmittel angebaut wurden und zudem viele Arbeitskräfte in den umliegenden Dörfern wohnten und als Saisonarbeitskräfte meistens nebenher noch Landwirtschaft betrieben.

Die Kriegskonjunktur hat in Braunschweig zu einer beachtlichen Umschichtung der Arbeitskräfte geführt. Während sich viele Betriebe des Maschinenbaus und der Metallverarbeitung auf Rüstungsproduktion umstellten und die Konservenindustrie ihren Vorkriegsboom als Heeres- und Marinelieferant halten konnte, gingen die Kleinindustrie, die Bauwirtschaft, Bauindustrie, Textilindustrie, sowie das Handwerk sehr stark zurück³⁶. Die Umschichtung des Arbeitskräftepotentials geht aus folgender Statistik hervor:

34 *Ebda.*

35 Die folgende Tabelle ist zusammengestellt aus den Berichten der Gewerkschaften, die laufend im »Volksfreund« veröffentlicht wurden, so am 27. 8. 1914, 15. 1., 1. 2., 12. 2. 1915, 10. 4. 1916, 29. 1., 23. 2. 1917 und 26. 1. 1918. Leider nahm die Berichterstattung gegen Ende des Krieges und in der Revolution stark ab. Zusätzlich wurde verwandt: *Der deutsche Metallarbeiterverband im Jahre 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920. Jahr- und Handbuch für Verbandsmitglieder*, hrsg. vom Vorstand des deutschen Metallarbeiterverbandes, Stuttgart 1916 ff.; darin enthalten die Jahresberichte der einzelnen Bezirke sowie *Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands. Jahrbuch für das Jahr 1913 ff.*, Hannover 1914 ff.

36 *Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten*. Die folgende Statistik ist zusammengestellt aus den Jahresberichten für 1913, 1914 bis 1918 und 1919, jeweils Berlin 1914, 1919, 1920. Für die Konservenindustrie s.: *Gerhard Voigt, Die Braunschweiger Konservenindustrie in der Kriegs-*

Tabelle 2: Umschichtung der Arbeitskräfte im Herzogtum/Freistaat Braunschweig

	1913 absolut in v. H.	1918 absolut in v. H.	1919 absolut in v. H.
Arbeiter	40 154 = 100	25 366 = 63,2	33 619 = 83,7
Arbeiterinnen	12 575 = 100	18 536 = 147,4	11 033 = 87,7
männliche jugendliche Arbeiter (unter 16 J.)	2 861 = 100	3 314 = 115,8	2 574 = 90,0
	55 619 = 100	47 232 = 84,9	47 226 = 84,9

Im Vergleich zum Deutschen Reich hatte Braunschweig einen überdurchschnittlichen Rückgang an männlichen Arbeitskräften und einen stärkeren Zuwachs an weiblichen und jugendlichen Arbeitern zu verzeichnen.

Tabelle 3: Umschichtung der Arbeitskräfte 1913–1918 im Vergleich³⁷

	Braunschweig	Deutsches Reich
Männer	— 37 0/0	— 23 0/0
Frauen	+ 47 0/0	+ 46 0/0
männliche Jugendliche	+ 16 0/0	+ 10 0/0

Die Verschiebung zugunsten der Arbeit von Frauen und Jugendlichen wird noch deutlicher, wenn man die drei wichtigsten Industriezweige betrachtet:

Tabelle 4: Umschichtung der Arbeitskräfte nach Branchen

	Arbeiter	Arbeiterinnen	männliche Jugend (unter 16 J.)	insgesamt
Metallverarbeitung				
1913	2 661 = 74,8 0/0	567 = 15,9 0/0	331 = 9,3 0/0	3 559 = 100 0/0
1918	2 094 = 39,9 0/0	2 693 = 51,3 0/0	46 = 8,8 0/0	5 252 = 100 0/0
1919	2 651 = 60,1 0/0	1 375 = 31,2 0/0	382 = 8,7 0/0	4 408 = 100 0/0
Maschinenbau				
1913	11 041 = 91,2 0/0	55 = 0,5 0/0	1 014 = 8,3 0/0	12 110 = 100 0/0
1918	7 642 = 66,0 0/0	2 668 = 23,1 0/0	1 259 = 10,9 0/0	11 569 = 100 0/0
1919	11 285 = 86,4 0/0	760 = 5,8 0/0	1 018 = 7,8 0/0	13 063 = 100 0/0
Nahrungs- und Genußmittelindustrie				
1913	7 678 = 55,1 0/0	5 917 = 42,4 0/0	351 = 2,5 0/0	13 946 = 100 0/0
1918	5 342 = 44,7 0/0	6 250 = 52,2 0/0	373 = 3,1 0/0	11 965 = 100 0/0
1919	5 862 = 56,9 0/0	4 102 = 39,8 0/0	343 = 3,3 0/0	10 307 = 100 0/0

wirtschaft (1914/1919), Phil. Diss. (MS) Jena 1922; Reinmar Fürst, Verpackung. Gelobt, getadelt – unentbehrlich! Ein Jahrhundert Verpackungsindustrie. Vor dem Hintergrund der Geschichte von Staat und Wirtschaft. Der Weg eines Unternehmens von Braunschweig nach Europa. Vorwort: Vorstand der Schmalbach-Lubeca-Werke AG, Düsseldorf/Wien 1973.

37 Die Angaben für das Deutsche Reich sind entnommen aus Kocka, S. 12.

Da diese Branchen zum größten Teil in oder um Braunschweig konzentriert waren, während die beiden am stärksten rückläufigen Industriezweige (Textil und Bau, Steine, Erden) sich auf das Herzogtum verteilten, ist davon auszugehen, daß das Land einen stärkeren Arbeitskräfterrückgang zu verzeichnen hatte als die Stadt Braunschweig³⁸. Der Wanderungsverlust der Landeshauptstadt (ohne den kriegsbedingten Bevölkerungsverlust) war relativ gering. Er erreichte 1915 mit – 3255 seinen höchsten Wert. 1918 kehrte er sich schon wieder in einen starken Wanderungsgewinn um (+ 14 214)³⁹.

2.2 Das Verhalten der sozialdemokratischen Presse und Organisationen

Feldman/Kolb/Rürup machen in ihrem bereits erwähnten Aufsatz vor allem zwei Momente für die Entstehung der starken und radikalen Massenbewegung verantwortlich: das Zusammentreffen einer radikalen Parteitradition und den enormen Zustrom von Arbeitskräften. Die angeführten Beispiele Mülheim/Ruhr und Merseburg mögen dies belegen (Thyssen/Mülheim erhöhte seine Belegschaft von 3000 auf 26 500; in der Nähe von Merseburg stampfte die BASF während des Krieges das Leuna-Werk mit mehr als 10 000 Arbeitnehmern aus dem Boden)^{39a}. Die bekanntermaßen radikale Entwicklung der braunschweigischen Sozialdemokratie während des Krieges und in der Revolution kann mit solchen sozialstrukturellen Ursachen nicht hinreichend erklärt werden. Im Vergleich mit Hamburg, Remscheid und Hamborn stieg die Einwohnerzahl Braunschweigs nur langsam an, und zwar von 1890 bis 1910 nur um 42 %, während Hamburg (+ 63 %), Remscheid (+ 79 %) und Hamborn (+ 2287 %) zum Teil bedeutend höhere Zuwachsraten hatten. Während des Krieges ging die Einwohnerzahl Braunschweigs sogar leicht zurück⁴⁰. Die eingezogenen Arbeiter – fast 50 % der Gewerkschaftsmitglieder – wurden im wesentlichen durch am Ort oder in der Umgebung ansässige Frauen ersetzt⁴¹.

Eher wäre eine gewisse radikale Parteitradition als Ursache für die starke Massenbewegung anzunehmen, obwohl die Braunschweiger Parteiorganisation in der Vorkriegszeit nicht eindeutig als linke Hochburg bezeichnet werden kann. In der Massenstreikfrage kam es nicht zu einer einheitlichen Stimmenabgabe auf dem Parteitag, und in der Kommunalpolitik hatten die gemäßigten Parteivertreter, die späteren Führer der MSPD (Jasper, Hammer-schmitt, Rieke, Steinbrecher), schon vor dem Krieg sehr großen Einfluß⁴². Die politischen

38 Die Anzahl der Beschäftigten in Betrieben ab 10 Mitarbeitern ging wie folgt zurück:

	1913	1918
Textilindustrie	4 300	2 400
Steine und Erden	8 000	3 600
Baugewerbe	1 800	1 100

Quelle: *Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten*, a. a. O. Es handelte sich bei diesen Branchen vornehmlich um Friedensindustrie. Für diese Bezeichnung s. *Kocka*, S. 13 f.

39 *Die Stadt Braunschweig in der Zeit vom 1. April 1911 bis 31. März 1921*. Verwaltungsbericht im Auftrag des Rates der Stadt. Bearbeitet vom Statistischen Amt, Braunschweig 1927, S. 6.

39a *Feldman / Kolb / Rürup*, a. a. O., S. 87.

40 Die Zahlen sind berechnet für Braunschweig nach: *Die Stadt Braunschweig*, S. 1 f., 6; für Hamburg nach *Ullrich*, für Remscheid und Hamborn nach *Lucas*, S. 28 f.

41 Siehe Tab. 2, S. 347.

42 Die Bedeutung von Heinrich Jasper für die Vorkriegsgeschichte der Braunschweiger Sozialdemokratie überschätzt *Miller*, S. 174. Leider gibt es keine Darstellung der braunschweigischen Sozialdemokratie für die Zeit von 1890 – 1914: Von *Georg Eckert*, 100 Jahre Braunschweiger Sozialdemokratie, 1. Teil: Von den Anfängen bis zum Jahre 1890, Hannover 1965, ist nur der 1. Teil erschienen. Siehe auch: *1865 – 1955. 90 Jahre SPD Braunschweig*. Diese Jubiläumsausgabe des »Volksfreund«, Mitteilungsblatt der SPD Braunschweigs, Jg. 3, Nr. 8/9, Aug. 1955, enthält für diese Zeit lediglich einige Personenangaben (Wilhelm Bloss, Otto Antrick, August Merges und

Verhältnisse in Braunschweig, vor allem das undemokratische Landtagswahlrecht in seiner Mischung aus Ständevertretung und Dreiklassensystem, zwangen der Braunschweiger Sozialdemokratie eine radikale Haltung auf, die 1906, 1910 und 1914 in bedeutenden Wahlrechtsdemonstrationen und blutigen Zusammenstößen zum Ausdruck kam⁴³. Im Reichstag war das Herzogtum durch drei Abgeordnete vertreten, von den zwei zur Sozialdemokratie gehörten. Wilhelm Bloss galt zu Recht als Vertreter des rechten Flügels. Otto Antrick kann zum praktizistischen Zentrum gerechnet werden. Beide blieben bei der Mehrheitspartei, wenn auch Antrick Gegner der Kreditbewilligung war⁴⁴. Insgesamt boten die sozialstrukturellen und die politischen Gegebenheiten in Braunschweig durchaus Ansatzpunkte für eine radikale Parteientwicklung.

Die Entwicklung der Massenbewegung und speziell der Streiks soll nun mit Hilfe weiterer Faktoren differenziert werden. Im vorliegenden Fall wird davon ausgegangen, daß die Radikalität der Bewegung und die im Gegensatz zu anderen Städten unvergleichliche Dominanz der USPD darauf zurückzuführen sind, daß es der Parteilinken in Braunschweig von 1914 an gelang, die potentiellen Kristallisationszentren der Gegenöffentlichkeit, den Parteiapparat, die Gewerkschaftsführung, die Presse und auch den gewerkschaftlichen Vertrauensleutkörper der Metallbetriebe, in der Hand zu behalten. Auf diese Weise konnten eine einheitliche, klassenkämpferische Interpretation und auch die Parteieinheit selbst bis 1917 erhalten werden. Das Odium der Parteispaltung mußte in Braunschweig die Parteirechte (MSPD) auf sich nehmen. Im März 1917 sah sich die MSPD gezwungen, eine eigene Parteiorganisation zu gründen^{44a}. Der vierte Bereich, die punktuell sich herausstellende Gegenöffentlichkeit auf Straßen und Plätzen, bei Unruhen, Käuferschlangen, Demonstrationen, Streiks, Volksversammlungen, Rebellionen, stand sehr stark unter dem Einfluß der USPD. Diese Gegenöffentlichkeit war in der Lage, eine gewisse Eigendynamik zu entfalten, die oft zu kollektiven Aktionen führte. Es ist daher zu fragen, inwieweit diese kollektiven Episoden sich zu sozialen Bewegungen verselbständigten oder von den traditionellen Organisationen aufgefangen wurden.

Die *Partei* in der Gestalt des Braunschweiger »Volksfreund«, wurde bis Dezember 1915 im Sinne der Kreditbewilligung redigiert. Die Anschauungen der Braunschweiger Parteirechten können allerdings nicht auf die Linie Eduard Davids, der Chemnitzer »Volksstimme« oder des »Hamburger Echo« festgelegt werden. Schon in den ersten Kriegsmonaten wandten sie sich in zwei entscheidenden Punkten von der Linie der Reichstagsmehrheit ab. Sie unterstützten nicht die Schwenkung der Mehrheit der Parteipresse vom Rußlandhaß auf die Englandfeindschaft⁴⁵. Ebenso sehr lehnten sie es ab, an die Kreditbewilligung allzu große innenpolitische Hoffnungen zu knüpfen. In diesem Bestreben behielt der »Volksfreund« auch in den ersten Kriegswochen die grundsätzlich klassenkämpferische Haltung bei und kritisierte äußerst scharf alle innenpolitischen Vorgänge, die zur Verschlechterung

Heinrich Jasper) sowie einige interessante Hinweise auf die blutigen Wahlrechtsdemonstrationen von 1906, 1910 und 1914. Siehe auch: *Homo* (= *Richard Wagner*), Zigeunerblut im Aktenschrank, Jena o. J., ein autobiographischer Roman des »Volksfreund«-Redakteurs Richard Wagner.

43 STA WF, 133 Neu, Nr. 2306, 2307, Sozialdemokratische Straßendemonstrationen; sowie *90 Jahre SPD Braunschweig*, a. a. O., S. 29 – 32.

44 Miller, S. 60.

44a Volksfreund, 3. 3. 1917; *Gast* (vgl. Anm. 54), S. 93 ff.

45 Für den Zusammenhang siehe *Kurt Koszyk*, Deutsche Pressepolitik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1968, S. 126 – 130; für den »Volksfreund« siehe 26. 8. 1914: Das Ziel des Krieges; 16. 10. 1914: Die falsche Rechnung; vor allem 27. 10. 1914: Eine verhängnisvolle Parole.

der Lage der Arbeiterschaft beizutragen, wie Massenentlassungen, Lohndrückerei, Lebensmittelteuerung, Ablehnung des Schuldenmatoriums⁴⁶. Schon im August 1914 wurde betont, daß der Kapitalismus keineswegs abgeschafft und der Klassenkampf durch den Krieg nicht beseitigt worden sei⁴⁷. Die stimmungsmäßige Orientierung der Leserschaft, wie sie dem »Vorwärts« ständig vorgehalten worden war und im September 1914 bereits zu dessen erstem Verbot geführt hatte⁴⁸, wurde auch im »Volksfreund« eindeutig gegen den Krieg gerichtet und wirksam unterstützt von einer Serie von Volksversammlungen zum Thema Lebensmittelteuerung und Lebensmittelversorgung, die den Braunschweiger Reichstagsabgeordneten Antrick durchs ganze Herzogtum führten⁴⁹. Innenpolitische Hoffnungen im Zusammenhang mit der Burgfriedenspolitik oder gar Kriegsbegeisterung lassen sich im »Volksfreund« nur sporadisch im August 1914 finden⁵⁰.

Als die Redaktion um die Jahreswende in die Hände von August Thalheimer übergang, wurde die stimmungsmäßige Antikriegspropaganda bedeutend intensiviert. Dazu dienten das ständige Wiederholen und Hervorheben aller Nachrichten über verschlechterte Lebens- und Arbeitsbedingungen, Stimmungsberichte aus der Bevölkerung, aus dem Felde und vom »Schlachtfeld der Arbeit«, vor allem aber das Herausstellen aller Antikriegsbewegungen in Deutschland ebenso wie im Ausland (Betonung der Internationale). Zweifelsohne besaßen die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Presse in Braunschweig einen unvergleichlich größeren Bewegungsspielraum als der »Vorwärts« und die Berliner Parteiorganisation. Die ständig im Rhythmus von zwei bis drei Monaten abgehaltenen Volksversammlungen, auf denen meistens auch Diskussion erlaubt war, sind hierfür das beste Beispiel.

Unter dem Einfluß Thalheimers entwickelte sich der »Volksfreund« zu einem der führenden Organe der Parteiopposition, das es in der Berichterstattung über die Ereignisse des Krieges und seiner imperialistischen Ursachen sowie in der Propagierung der Ideen der internationalen Sozialdemokratie, vor allem ihres Zimmerwalder Flügels, mit jedem ande-

46 Siehe Volksfreund, 1. 8. 1914: Kriegspanik und Wirtschaftsleben, von J. Karski; 4. 8. 1914: Krieg und kapitalistische Wirtschaft; 12. 8. 1914: Trotz Kriegsbegeisterung und Kriegsoffer holt der Gerichtsvollzieher den kleinen Mann; 22. 8. 1914: Bericht über Lebensmittelunruhen in Halle; 25. 8. 1914: Bericht über Lohndrückerei im Ruhrgebiet; 17. 10. 1914: Soll das so weitergehen? Bericht über Lebensmittelteuerungen.

47 Volksfreund, 21. 8. 1914: Die alte Wahrheit.

48 Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933, Heidelberg 1958, S. 45 f.

49 Volksfreund, 20. 10. 1914, mit einer halbseitigen Annonce: Große öffentliche Volksversammlung, Referent O. Antrick: »Die Ursachen der jetzigen Lebensmittelteuerung und ihre Beseitigung«; am 22. 10. 1914 erfolgte der Abdruck des Referats und eines Berichts über die Volksversammlung in Braunschweig. Ähnliche Berichte über Volksversammlungen folgten am 24. 10. 1914 (Wolfenbüttel), 3. 11. 1914 (Blankenburg, Braunschweig), 17. 11. 1914 (Bündheim, Oker, Langelsheim), 20. 11. 1914 (Holzminden, Seesen).

50 Die antizuaristische Agitation war allerdings auch im »Volksfreund« verbreitet. Den Höhepunkt der nur kurzen Burgfriedens-Euphorie des »Volksfreund« dürfte ein Gedicht des in Braunschweig sehr bekannten Redakteurs Richard Wagner darstellen, das am 8. Aug. 1914 unter der seit langem bekannten und gefürchteten Rubrik »Wochenplauderei« erschienen war:

»Wir ziehen mit und keiner soll uns sagen,
Daß Feigheit unser Angesicht gebleicht.
»Die Roten haben sich brilliant geschlagen!«
So muß es heißen, wenn der Sieg erreicht.
Sie, die in uns den »inn'ren Feind« gesehen,
Den man beschimpft, gehetzt auf Schritt und Tritt,
Sie dürfen uns in Zukunft nicht mehr schmähen.
– Wir ziehen mit!«

ren oppositionellen Organ in Deutschland aufnahm und zweifelsohne in eine Reihe mit der »Leipziger Volkszeitung« gestellt werden kann. Im innerparteilichen Kampf stand der »Volksfreund« bis Mitte 1916 auf der Seite des Spartakus. Jedoch dürfte eine derartige subtile Identifizierung der Position des »Volksfreund«, wie sie aus der systematischen Analyse der Leitartikel herauszulesen ist, keine große Bedeutung für die Leserschaft gehabt haben, zumal in gleicher Weise auch Vertreter der gemäßigten Opposition wie Ströbel, Zietz, Bernstein, Haase und Wurm im »Volksfreund« zu Wort kamen und in den Leitartikeln eine gute Presse hatten.

Die vielen im »Volksfreund« abgedruckten Einladungen zu öffentlichen und internen Versammlungen von Partei und Gewerkschaften zeigen, daß das sozialdemokratische *Organisationsleben* in Braunschweig keine Einbußen während des Krieges erfahren hat und daher eine wichtige Funktion als Kommunikationszentrum einnehmen konnte. Besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den wöchentlichen Veranstaltungen der sozialistischen Arbeiterjugend zu, die während des gesamten Krieges ein breit gefächertes Vortragsprogramm anbot, das sowohl naturwissenschaftliche, völkerkundliche, biologische wie auch politische Themen umfaßte. Die Themen- und Referentenwahl, die ausschließlich in der Verantwortlichkeit der Jugendlichen lag, beleuchtet sowohl das starke Bildungsinteresse und dessen Breitenwirkung sowie die politische Ausrichtung des engeren Führungskreises. Sehr oft sprachen Vertreter der Linken wie August Merges, Sepp Oerter und August Thalheimer. Das täglich für alle Interessierten geöffnete Jugendheim im Volksfreund-Haus, mit seiner Präsenzbibliothek und 5–10 auch bürgerlichen überregionalen Tageszeitungen, die sonntäglichen Ausflüge und eine Mitgliederzahl von ca. 800 Jugendlichen unter 18 Jahren weisen darauf hin, daß die sozialistische Arbeiterjugend die organisatorischen Voraussetzungen für eine ernst zu nehmende politische Wirksamkeit besaß⁵¹.

Im Gegensatz zu Hamburg und Berlin wurden die Gewerkschaften in Braunschweig durchweg von Mitgliedern der Parteioption geleitet. Die sozialdemokratischen Organisationen in Braunschweig bemühten sich seit Anfang des Krieges, die Interessen ihrer Anhänger konsequent zu vertreten. Zu diesem Zwecke hatte die Partei 1914/15 eine ungemein starke Agitation zur Verbesserung der Lebenssituation der unteren Volkskreise entfacht. Höhepunkt dieser Agitation waren Frauendeputationen, die in verschiedenen Städten des Herzogtums die Stadtmagistrate aufsuchten, um für Abhilfe zu sorgen. Dabei traten mehrere sozialdemokratische Frauen (Faßhauer, Graf, Fleming) in führender Position hervor. Über diese und ähnliche Aktionen in anderen Städten sowie über sehr erregte Volksversammlungen wurde ständig im »Volkfreund« berichtet⁵².

Als zweites hatte die Partei eine sogenannte Preisüberwachungskommission gegründet. Eine Namensliste der für die einzelnen Stadtteile zuständigen Mitglieder wurde laufend in der Presse bekanntgegeben. An sie konnte sich jede Hausfrau mit Beschwerden richten⁵³. Diese

51 Über die Arbeiterjugend informiert ein Interview mit Wilhelm Hillger und Frau vom 1. 12. 1976 (beim Verfasser). Hillger leitete 1916/17 die Arbeiterjugend, bis er nach dem Generalstreik im August 1917 verhaftet und aus politischen Gründen verurteilt wurde. Siehe auch den Bericht des aktiven Mitglieds der Arbeiterjugend und späteren Kommunisten Robert Gehrke: *Robert Gehrke / Robert Seeboth, 50 Jahre Novemberrevolution*, Helmstedt 1968.

52 Vgl. Anm. 30 sowie *Volksfreund*, 4. 3. 1915 (Frauenversammlung in Blankenburg); 17. 3. 1915 (in Hasselfelde); 30. 3. 1915 (Lebensmittelunruhen in Oker); 2. 11. 1915 (Frauendeputation in Braunschweig); 11. 11. 1915 (Bericht der Frauendeputation in der MV der SPD); 20. 11. 1915 (Frauendeputation in Blankenburg).

53 *Volksfreund*, 6. 12. 1915. Siehe auch die Kritik an der Kommission der Handelskammer, *Volksfreund*, 9. 9. 1919.

Initiative belegt das Bemühen der Partei, die führende Kraft in der Vertretung der Volksinteressen zu bleiben und den Unmut der Bevölkerung, über den ständig berichtet wurde, nicht sich selbst zu überlassen. Gleichzeitig verhinderte sie eine allzu leichte Integration durch die Regierung, die ebenfalls einen Ausschuß für Konsumenteninteressen gegründet hatte, in dem die Sozialdemokraten aber nur eine untergeordnete Funktion erhalten sollten.

Die Bedeutung des Organisationslebens als Kristallisationspunkt der Gegenöffentlichkeit muß gerade für Braunschweig hervorgehoben werden. Geling es doch der Partei, in einem Turnus von zwei Wochen Mitgliederversammlungen abzuhalten und auf diese Weise einen ständigen Informationsfluß und eine ständige Beeinflussung in radikalem Sinne zu gewährleisten. Zudem muß beachtet werden, daß die Linke in Braunschweig ihre personelle Kontinuität besser wahren konnte als die Parteirechte. Der Repräsentant des 1. braunschweigischen Reichstagswahlkreises, Wilhelm Bloss, gehörte zur sozialdemokratischen Fraktionsmehrheit. Er war nie in Braunschweig anwesend. Der führende Kopf der Parteirechten, Dr. Jasper, war von 1915 bis 1918 eingezogen. Otto Antrick, der zweite Repräsentant der Braunschweiger Sozialdemokratie im Reichstag, nahm eine Mittelstellung ein⁵⁴. In wichtigen Fragen, wie der Kreditbewilligung oder der Lebensmittelversorgung, vertrat er den Standpunkt der Opposition. Daß er aus Parteidisziplin sich nicht zur USPD bekannte, wurde ihm als Inkonsequenz ausgelegt und trug wesentlich zu seinem Autoritätsverlust bei. Dies alles mag mit entscheidend dafür gewesen sein, daß die Vertreter der Linken in den Bildungsveranstaltungen der Arbeiterjugend und der Gewerkschaften eine dominierende Rolle spielten.

Bei einem vorsichtigen Versuch, den Charakter der Braunschweiger Bewegung in den ersten beiden Kriegsjahren einzuschätzen, fällt auf, daß bis Mai 1916 keine nennenswerten Unruhen zu verzeichnen waren, obwohl die Radikalität der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Presse – der »Volksfreund« berichtete seit Mitte 1915 mehrfach über Lebensmittelunruhen in anderen deutschen Städten⁵⁵ – günstige Voraussetzungen dafür schuf. Man wird die Entwicklung in Braunschweig als eine von der lokalen sozialdemokratischen Organisation getragene Basisbewegung⁵⁶ bezeichnen können, die im Herbst 1914 mit den Volksversammlungen zur Lebensmittelversorgung einsetzte und für eine gewisse Zeit noch im Rahmen des Burgfriedens verblieb⁵⁷. Dies äußerte sich in einer fast einstimmigen Erklärung einer SPD-Versammlung vom 4. 12. 1914 zugunsten der von Wilhelm Bloss repräsentierten Politik der Kreditbewilligung. Als Basisbewegung in Opposition zur Gesamtpartei setzte sie im Sommer 1915 ein, als die Parteiorganisation in mehreren Vollversammlungen den Kurs der Reichsregierung ebenso wie den der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihres Vertreters Wilhelm Bloss in überraschend großer Einmütigkeit mißbilligte und zur

54 Kurzbiographie Antricks, in: *90 Jahre SPD Braunschweig*, a. a. O., S. 32; s. auch *Renate Gast*, Die Braunschweiger Arbeiterschaft im Ersten Weltkrieg, Examensarbeit, Braunschweig 1949, S. 43. Diese Arbeit ist die einzige Darstellung der SPD Braunschweigs im Ersten Weltkrieg. Sie liefert vorzügliches Material, insofern ihre Quellenbasis nicht nur eine präzise Auswertung des »Volksfreund« umfaßt, sondern auch sehr viele Interviews mit damals noch lebenden Akteuren der Weltkriegs- und Revolutionszeit. Aus diesem Grunde besitzt diese Examensarbeit teilweise selbst Quellenwert.

55 Siehe Anm. 14.

56 Zum Begriff »Basisbewegung« siehe *Dieter Groh*, Basisprozesse und Organisationsproblem. Skizze eines sozialgeschichtlichen Forschungsprojekts, in: *Ulrich Engelhardt / Volker Sellin / Horst Stuke* (Hrsg.) *Soziale Bewegung und politische Verfassung*, Stuttgart 1976, S. 415 – 431.

57 *Volksfreund*, 5. 12. 1914.

Opposition der Kreditverweigerer übergang⁵⁸. Die Ausweitung über eine innerparteiliche Basisbewegung hinaus – allerdings weiterhin unter der klaren Leitung der Parteiorganisation – begann 1915 mit den öffentlichen Frauenversammlungen, den Demonstrationen in Blankenburg, Hasselfelde und Oker sowie mit den von Frauendeputationen überbrachten Resolutionen in Braunschweig, Blankenburg und Hasselfelde⁵⁹. Diese Bewegung gipfelte in der Einrichtung öffentlicher Preisüberwachungskommissionen durch die SPD im Dezember 1915⁶⁰. Die traditionellen Formen sozialdemokratischen Protestverhaltens wurden bis Mai 1916 weitgehend eingehalten, wobei die Wahl einer Frauendelegation, deren Verhandlungen mit dem Staatsministerium und die anschließende Berichterstattung vor der sozialdemokratischen Mitgliederversammlung im Dezember 1915 schon als Ausdruck einer beachtenswerten außerparlamentarischen Bewegung zu werten sind⁶¹. Der Durchbruch zur Massenbewegung ereignete sich in der ersten Maiwoche 1916 in Gestalt eines Generalstreiks der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, der begleitet war von Straßenschlachten und Lebensmittelunruhen.

2.3 Die Streikbewegung

In ihrem Aufsatz über Konjunktur und Streik in Deutschland vor 1914 haben Kaelble/Volkman aufgrund einer Phaseneinteilung der kapitalistischen Entwicklung verschiedene Streikformen festgestellt⁶². Die Autoren zählen insgesamt fünf Merkmale für die Phasen des »klassischen Wettbewerbs« und des »organisierten Kapitalismus« auf, die hier der Kürze wegen rein schematisch gegenübergestellt werden.

»Phase des klassischen Wettbewerbs«	»organisierter Kapitalismus«
1. spontaner Ausbruch	geplanter Beginn
2. wenig Organisation	organisiert und gesteuert seitens Gewerkschaften
3. lange Streikdauer, »Abbröckeln« des Streiks	kurze Dauer
4. geringe durchschnittliche Streikbeteiligung	hohe durchschnittliche Streikbeteiligung
5. häufige Konflikte mit staatlichen Ordnungskräften	kontrollierte Militanz

Diese Kriterien sollen lediglich die Tendenz andeuten, der der Wandel der Streikformen unterlag. Dabei konnte eindeutig die Zunahme großer, von starken Gewerkschaften vorbereiteter, organisierter und gesteuerter Streiks festgestellt werden. Jedoch weist die Streikforschung noch einige Lücken auf, die sich gerade auf die auch in der Phase des »organisierten Kapitalismus« immer wieder vorkommenden kleineren, ohne Beteiligung der Organisa-

58 Volksfreund, 17. 6. 1915; Referenten der Mitgliederversammlung vom 16. 6. 1915 waren Wilhelm Bloß und Hugo Haase.

59 Vgl. Anm. 52.

60 Volksfreund, 6. 12. 1915.

61 Der Weg einer parlamentarischen Opposition war der Braunschweiger Sozialdemokratie im Weltkrieg nicht nur aufgrund ihrer politischen Vorstellungen, sondern gerade auch wegen des undemokratischen Wahlrechts in Braunschweig versperrt. Trotz eines Stimmenanteils von knapp 61 % bei den Reichstagswahlen 1912 besaß die Sozialdemokratie im braunschweigischen Landtag nicht einen einzigen Abgeordneten.

62 Hartmut Kaelble / Heinrich Volkman, Konjunktur und Streik während des Übergangs zum organisierten Kapitalismus in Deutschland, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften 92, 1972, S. 315 ff., hier S. 529.

Tabelle 5: Streikstatistik für das Herzogtum Braunschweig August 1914 – Oktober 1918

Nr.	Ort und Datum	Art des Gewerbes	Zahl der Betriebe	Ursache	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der Streikenden	Männer	Frauen	Jugendliche unter 21
1915									
1	Rüninge 15. 4.	Spargel- plantage	1	Lohnkürzung verhindert	?	?	—	?	—
1916									
2	Harlinge- rode 5. 1.	Sägewerk (Zimmerei)	1	Teuerungs- zulage abgelehnt	40	25	25	—	—
3	BS 1.-6. 5.	»alle größeren Betriebe«	27	Sparzwang mit Erfolg verhindert	7 887	2 438	—	—	2 438
4	BS 27.-29. 6.	»alle größeren Betriebe«	35	Lieb knecht Sympathie	8 813	8 813	(4 010)	(2 203)	2 600
5	Bündheim 29. 8.	Kalibergwerk	1	Lohnerhöhung ohne Erfolg	72	34	34	—	—
6	BS 17. 11.	Sattlerei	1	Brotzuschlags- karte der Stadt bewilligt	22	22	22	—	—
7	BS 17. 11.	Wagenfabrik (Holzarbeiter)	1	Lohnerhöhung mit Erfolg	27	9	9	—	—
					16 861	11 341	(4 100)	(2 203)	5 038
1917									
8	BS 22.-24. 1.	Blechwaren- fabrik	1	Arbeitszeitverkür- zung mit Erfolg	639	427	—	472	—
9	BS 30. 1.-3. 2.	Blechwaren- fabrik	1	Arbeitszeitverkür- zung mit Erfolg	244	200	—	200	—

10	BS	Konserven- fabrik	1	Brotzuschlag beibehalten	185	185	(28)	(156)	(1)
11	BS	Müllabfuhr	1	Brotzuschlag erhöht	36	36	36	—	—
12	BS	Maschinen- fabrik	1	Teuerungszulage bewilligt	1 764	1 764	(111)	(405)	248
13	BS	Maschinen- fabrik	1	Lohnerhöhung bewilligt	45	45	(28)	(10)	(7)
14	BS	Maschinen- fabrik	1	Lohnerhöhung bewilligt	115	60	—	—	60
15	BS	Blechwaren- fabrik	1	Brotzuschlag abgelehnt	360	70	—	—	70
16	BS	Blechwaren- fabrik	1	Brotzuschlag abgelehnt	245	30	—	—	30
17	BS	»alle größeren Betriebe«	39	»Zur Erringung des Friedens«	11 329	11 329	(4 840)	(4 000)	2 489
					14 962	14 191	(5 043)	(5 243)	(2 905)
1918									
18	BS	Blechwaren- und Nähmaschinenfabrik	1	Wiedereinstellung einer Arbeiterin mit Erfolg	425	300	—	300 *	—
					425	300	—	300	—

Quelle: STA WF 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 414, Statistik der Streiks und Aussperrungen 1914–1918. Streiknaheis für lfd. Nr. 1 vom 15. 4. 1915, Volksfreund, 16. 4. 1915. Die Zahlen in () sind berechnet nach dem Anteil der einzelnen Arbeitnehmergruppen an der Gesamtarbeiterschaft, Jahresbericht der Gewerbeaufsichtsbeamten des Staates Braunschweig für die Jahre 1914–1918, Berlin 1919, passim.

tionen ausbrechenden Streiks beziehen. In gleicher Weise sind regionale und branchenspezifische Unterschiede bisher zu wenig erforscht. Da beide Variablen einen sehr großen Einfluß ausübten, wie eine grobe Durchsicht der Streikstatistiken erkennen läßt, wird erst die lokale, regionale und branchenspezifische Streikforschung präzisere Aussagen über die von Kaelble/Volkman festgestellte Tendenz machen können⁶³.

Die tabellarische Streikübersicht für das Herzogtum Braunschweig läßt zunächst die relativ große Anzahl zahlenmäßig kleiner und sehr kurzer Streiks hervortreten. Von den insgesamt 18 Streiks, die während des Krieges in Braunschweig stattgefunden haben, dauerten 8 nur jeweils einige Stunden, 5 erstreckten sich über 1–2 Tage und nur 5 über 3–9 Tage^{63a}. Berücksichtigt man die Zahl der Betriebe und die Anzahl der Streikenden, so lassen sich deutlich die 3 Generalstreiks vom Mai (Generalstreik der Jugendlichen) und Juni 1916 sowie vom August 1917, an denen jeweils alle größeren Betriebe und eine Anzahl von ca. 2500–11 300 Streikenden beteiligt waren, abheben von den 15 anderen Streiks, die sich nur auf jeweils 1 Betrieb und eine Beteiligtezahl von 9–472 mit einer Ausnahme (1764) erstreckten. Keiner dieser kleineren Streiks war von den zuständigen gewerkschaftlichen Stellen vorbereitet worden – auch in Braunschweig hielt man sich, wenigstens nach außen hin, an die Beschlüsse der Generalkommission. Üblicherweise würde man sagen, daß alle diese Streiks »spontan« entstanden sind. Eine genauere Untersuchung der verschiedenen Streiksituationen zeigt aber ein sehr differenziertes Bild, das von relativ kurzen Vorbereitungsphasen mit wenig strukturierten Kommunikationsprozessen (Beispiel Nr. 1, Spargelarbeiterinnen) bis hin zu sorgfältig vorbereiteten und geleiteten Streiks wie dem der Jugendlichen Anfang Mai 1916 reicht. Die starke Differenziertheit des Organisationsgrades der sogenannten spontanen Streiks führt daher zu einer später noch vertieft zu diskutierenden Problematisierung der Bezeichnung »spontaner Streik«.

Eine Unterscheidung in politische und wirtschaftliche oder auch nur in überwiegend politisch und überwiegend wirtschaftlich oder betriebsspezifisch bedingte Streiks wäre gerade für die Kriegszeit völlig sinnlos, auch wenn die Polizeiberichte sowie die Gewerkschaftsführung den Generalstreiks das Adjektiv politisch beifügten⁶⁴. Jeder Streik der Weltkriegszeit wurde von den zeitgenössischen Beobachtern ebenso wie vom Ausland als Politikum betrachtet, wobei selbstverständlich die politische Bedeutung stark differierte. Untersucht man die Streiks auf ihre Ziele und Adressaten, so zeigt sich, daß nicht nur die 3 Generalstreiks, sondern auch 5 weitere Streiks primär an staatliche Stellen und nicht an den Arbeitgeber gerichtet waren (Nr. 6, 10, 11, 15, 16, Brotzuschlagskarte). Aber auch die Streiks, die primär eine Lohnerhöhung, eine Teuerungszulage oder die Verkürzung der Arbeitszeit zum Ziele hatten, riefen sogleich politische Stellen auf den Plan, mußten gegen Durchhalteparolen ausgetragen werden und hatten damit ebenfalls eine eminent politische Funktion.

Der für die Phase des »organisierten Kapitalismus« festgestellte Wandel der Streikformen scheint während des 1. Weltkrieges teils abgestoppt, teils beschleunigt worden zu sein. Einerseits nahmen offensichtlich die ohne Mitwirkung der Gewerkschaften entstandenen, meistens auf einen Betrieb oder einen Teilbetrieb beschränkten und von innerbetrieblichen Wortführern geleiteten Ausstände sehr stark zu. Diese Streikform erinnert sehr

63 Diese Probleme waren ein Hauptgegenstand der Diskussion in Berlin.

63a Die Streikdauer wurde auf der Basis der meist auf die Stunde genauen Angaben in den »Nachweisungen über einen Streik«, siehe Tab. 5, S. 355 unten, errechnet. Die reine Datumsangabe in Tab. 5 läßt die Berechnung der präzisen Streikdauer nicht zu.

64 *DMV-Jahrbuch* 1917, S. 92 ff.

an die Zeit der jungen Arbeiterbewegung in der »Phase des klassischen Wettbewerbs«, die nach Kaelble/Volkman geprägt war von kleinen Betriebseinheiten und beschränkten Kommunikationsmöglichkeiten⁶⁵. Beide Kennzeichen treffen auch für 14 der 18 Kriegstreiks in Braunschweig zu. Wie sehr aber diese in den Jahren 1915 und 1916 punktuelle und insgesamt unkoordinierte Streikbewegung die Reaktion des Staates in dieser ersten Hochphase seiner Umwandlung zum Interventionsstaat provozierte, beweisen die Verabschiedung des Hilfsdienstgesetzes, die Einsetzung der militärischen Behörden als Schlichtungsinstanzen und die Bereitwilligkeit, mit der das braunschweigische Staatsministerium bzw. die Stadtverwaltung die Vermittlung zwischen Streikenden und Unternehmern übernahm (insgesamt bei 8 Streiks, Nr. 3, 6, 10, 11, 12, 15, 16, 17)⁶⁶.

Zweifelsohne setzte sich die bereits erwähnte Tendenz zu großen, von starken Arbeiterorganisationen geleiteten Streiks in den Massenstreiks des Weltkrieges fort, allerdings ebenfalls in einer Formveränderung. Die von der Parteiopposition in Kooperation mit betrieblichen Obleuten während des Krieges geführten Massenstreiks sind nur auf der Basis der in der Vorkriegszeit gesammelten Erfahrungen mit großen Streiks möglich gewesen. Die Tatsache dieser Generalstreiks, die ja eine weit entwickelte Organisation der Arbeiterklasse voraussetzte, bestätigt somit die von Kaelble/Volkman festgestellte Tendenz, allerdings hat die systemkritische Politisierung der Streiks stark zugenommen. Die große Anzahl kurzer und zahlenmäßig kleiner Streiks könnte trotz der Vergleichbarkeit mit den Streiks der Phase des »klassischen Wettbewerbs« als eine Bestätigung des Konzepts des »organisierten Kapitalismus« *ex negativo* angesehen werden, insofern als sie die Intervention des Staates (Hilfsdienstgesetz, Anerkennung der Gewerkschaften, verstärkte Einrichtung von Arbeitsnachweisen) provozierte^{66a}. Bevor diese Problematik an einzelnen Streikaktionen erläutert wird, muß die starke Streikaktivität der Frauen und Jugendlichen kurz erwähnt werden.

Von den insgesamt 18 Streiks wurden allein 8 ausschließlich von Frauen und Jugendlichen durchgeführt (je 4). Die beiden Frauenstreiks zur Arbeitszeitverkürzung wurden aktiv vom örtlichen DMV unterstützt, die beiden übrigen waren völlig spontan entstanden⁶⁷. An den Streiks der Jugendlichen hatten die Gewerkschaften keinerlei Anteil, die Verhandlungen wurden selbständig mit den Unternehmern bzw. dem Stadtmagistrat (Brotzuschlagskarte) geführt⁶⁸. Die besondere Rolle der Frauen und Jugendlichen wird noch deutlicher, wenn man die 4 großen Streiks untersucht, die 1916 und 1917 stattgefunden haben und einen bedeutend höheren Grad an Organisiertheit und an Politisierung aufwiesen. Konnte bisher der »spontane« Ausbruch, d. h. die geringe Beteiligung der Arbeiterorganisationen, festgestellt werden, so wird im folgenden der Konflikt mit den staatlichen Ordnungskräften im Vordergrund stehen.

Aufgrund verschiedener Klagen über das Anwachsen der Jugendkriminalität und provo-

65 Kaelble / Volkman, a. a. O., S. 531.

66 STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 4302, Arbeiterbewegung und Arbeitseinstellungen während der Kriegszeit 1916 – 1918, Niederschrift der Verhandlungen vom 7. 4. 1917 und 15. 8. 1917.

66a Die Frage eines Abbruchs oder einer unter dem Einfluß des Krieges sich leicht verändert fortsetzenden Tendenz der Streikentwicklung war ein zentraler Diskussionsgegenstand der Berliner Tagung, die gerade in dieser Problematik zu keinem abschließenden Ergebnis führte. Die hier festgehaltenen Überlegungen haben daher einen sehr vorläufigen Charakter. Präzisere Aussagen werden erst möglich sein, wenn lokale Traditionen sowohl im Streik- wie im Demonstrationsverhalten (Wahlrechtskämpfe) mit in die Untersuchung einbezogen werden.

67 Siehe Streikstatistik, Tab. 5, S. 354 f.

68 Siehe Streikstatistik, Tab. 5, S. 354 f.

zierendes Auftreten von Jugendlichen in der Öffentlichkeit erließ der Kommandierende General des X. Armeekorps Hannover am 22. 4. 1916 einen Sparzwangerlaß, der die Arbeitgeber verpflichtete, einen Teil des Lohnes jugendlicher Arbeitnehmer als Sparguthaben ohne Verfügungsberechtigung der einzelnen Jugendlichen festzulegen⁶⁹. Diese Maßnahme erregte sehr viel Aufsehen und führte in Braunschweig zur Arbeitsniederlegung fast aller gewerblich tätigen Jugendlichen (ca. 2500)⁷⁰. Der Verlauf dieses einwöchigen Streiks, der hier nicht im einzelnen dargestellt werden kann, ist durch drei Merkmale gekennzeichnet:

1. das weitgehend selbständige Vorgehen der Jugendlichen unter Führung der sozialistischen Arbeiterjugend (darunter zahlreiche Spartakus-Anhänger);
2. die enge Verknüpfung mit Lebensmittelunruhen, an denen vor allem Frauen beteiligt waren (Straßenschlachten mit der Polizei, Plünderung von Lebensmittelgeschäften, eingeworfene Fensterscheiben);
3. das Verhalten von Partei- und Gewerkschaftsführung, die die Jugendlichen aktiv unterstützten und durch die Drohung mit einem Generalstreik den Sparzwangstreik der Jugendlichen zu einem vollen Erfolg führten.

Der Sparzwangerlaß wurde aufgehoben; der Kommandierende General nahm seinen Abschied⁷¹. Die anschließenden Prozesse wegen der Lebensmittelunruhen können keine nachhaltig abschreckende Wirkung gezeitigt haben. Dies bewies der 1½ Monate später stattfindende Sympathiestreik für Karl Liebknecht⁷².

Analysiert man genauer die Konstituierung der Gegenöffentlichkeit, so stellt sich heraus, daß die Organisationen trotz der polizeilichen Überwachung dafür geeignet waren. Die Versammlung der Jugendlichen am 1. Mai, ihre als Wanderung getarnte Streikversammlung, die Volksversammlung am 1. Mai abends sowie nächtliche Zusammentreffen außerhalb der Stadt, dies alles waren Veranstaltungen, die mit Unterstützung der Partei zur Herstellung der notwendigen Kommunikation für die Durchführung des Streiks von großer Bedeutung waren. Dennoch wirkte der Erfolg, den die Jugendlichen erzielt hatten, auf eine Verselbständigung der Basis hin: Die Parteidelegation, die die Verhandlungen mit dem Stellvertretenden Generalkommando geführt hatte, bestand aus zwei Parteivertretern (Wesemeier und Merges) und drei Jugendvertretern (Sachse, Christoph und Krosse)⁷³. Darüber hinaus hatten die Führer der Arbeiterjugend den Streik völlig selbständig inszeniert (Handzettel und Mundpropaganda) und ihn entgegen einem zwischenzeitlich von einer Parteiversammlung gefaßten Beschluß zur Beendigung erfolgreich weitergeführt.

Auch heute noch sind die politischen und bewußtseinsmäßigen Wirkungen von Streiks auf die Streikenden selbst nur sehr mangelhaft untersucht⁷⁴. Es wird allgemein von einer Stärkung des Selbstbewußtseins der Streikenden gesprochen. Dazu dienen oft auch symbolische

69 Für die Darstellung des Sparzwangstreiks s. vor allem *Gast*, S. 112 ff. sowie *Gehrke / Seeboth*, S. 19 ff.

70 Siehe Streikstatistik, Tab. 5, S. 354 f.

71 *Gast*, S. 117.

72 *Gast*, S. 118; *Gehrke / Seeboth*, S. 24.

73 *Gast*, S. 116.

74 Vgl. die Untersuchungen zu den »wilden« Streiks im September 1969, *Eberhard D. Schmitt*, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften, Frankfurt 1971, S. 116 ff. Dort ist von der »autosuggestiven Wirkung« der Straßendemonstrationen die Rede. Ähnliche Beobachtungen finden sich für die Zeit des Ersten Weltkrieges bei *Adam Scharrer*, Vaterlandslose Gesellen. Das erste Kriegsbuch eines Arbeiters, Wien / Berlin 1930, Neuauf. Berlin / Weimar 1974.

Handlungen wie das Absingen revolutionärer Lieder sowie das Demonstrieren vor den Gebäuden der politischen Machthaber.

Auch im vorliegenden Fall muß dem Sparzwangstreik eine bedeutende Eigendynamik zugesprochen werden, da die Straßenunruhen, das Absingen revolutionärer Lieder, die Demonstration auf dem Marktplatz und die Gewaltakte gegen Menschen (Polizei, Stadtmagistrat) und Sachen (Schaufenster) das Ausmaß der Verbitterung der Jugendlichen und ihrer Entschlossenheit zur Gegenwehr erst richtig deutlich gemacht und somit wesentlich zum Erfolg beigetragen haben. Wenn also von Verselbständigung der Basis gesprochen wird, so sind darunter sowohl die Meinungsführer der Arbeiterjugend wie auch der größte Teil der aktiv am Streik beteiligten Jugendlichen zu verstehen.

Auf die Bedeutung der großen Betriebe als Kommunikationszentren und somit Zentren der Gegenöffentlichkeit muß hier ebenfalls hingewiesen werden. Die Versammlungen der Arbeiterjugend hätten nie ausgereicht, eine so breite Beteiligung am Streik zu erreichen, wenn nicht die Jugendvertreter in den Betrieben als einflußreiche Vertrauensleute agiert hätten. Diese Tradition wird in den Streiks der Jahre 1917 noch deutlicher.

Der Liebknecht-Streik im Juni 1916, der hier nicht näher untersucht wird, belegt nochmals die allgemeine Politisierung in Braunschweig. Ca. 9000 Beschäftigte aus allen größeren Betrieben der Stadt waren der Initiative der Obleute gefolgt und für 2 Tage in einen Streik getreten⁷⁵.

Anläßlich der beiden großen Streiks im April und August 1917 läßt sich nochmals die Bedeutung der Betriebsvertreter nachweisen. Insgesamt haben dreimal Verhandlungsdelegationen der Arbeiterschaft mit der Staatsregierung konferiert. In allen Besprechungen stellten die Arbeitervertreter aus den Betrieben die übergroße Mehrheit der Teilnehmer. Das Verhältnis Betriebsvertreter zu Gewerkschaftsbeamten lautete 15 zu 7, 15 zu 3, 10 zu 2⁷⁶. Diese starke Berücksichtigung der Betriebsvertreter lag offensichtlich auch im Interesse des einladenden Staatsministeriums, das vornehmlich Mitglieder oder Obleute der Arbeiterausschüsse des HDG berücksichtigt hatte. Die starke Beteiligung der Betriebsvertreter zeigte sich aber auch an den Streikversammlungen. Dort sprachen etwa zu gleichen Teilen Partei- und Betriebsvertreter⁷⁷.

Aus der Gegenüberstellung von Organisations- und Betriebsvertretern darf nicht geschlossen werden, daß hier politische Gegensätze aufeinanderprallten, wie dies für die Hamburger Lohn- und Streikbewegungen 1916/17 und auch für die Berliner Obleutebewegung belegt ist. In Braunschweig arbeiteten die wichtigsten Vertreter der Obleute, der Parteiführung und der Gewerkschaften im sogenannten »Revolutionsklub« zusammen⁷⁸. Auch dies unterstreicht die Bedeutung der betrieblichen Obleute, da ohne sie auch eine politisch gleichgesinnte Parteiführung keine funktionierende Kommunikation mit den Betrieben herstellen konnte.

Verschiedene Autoren, so auch Feldman/Kolb/Rürup, sprechen von einer »erhöhten psychischen und politischen Labilität« innerhalb der Arbeiterschaft durch die zunehmende Beschäftigung von Frauen und Jugendlichen⁷⁹. Beobachtungen in dieser Richtung sind vielfach belegt, jedoch erscheint diese Bewertung im Falle Braunschweigs nicht ganz korrekt.

75 Vgl. Anm. 72.

76 Siehe die Einladungen und Verhandlungsprotokolle im STA WF, wie Anm. 66.

77 Siehe die Polizeiberichte, in: STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402, Arbeiterbewegung und Arbeitseinstellungen während der Kriegszeit 1916 – 1918.

78 *Gast*, S. 60, mit einer Liste von insgesamt 15 Namen.

79 *Feldman / Kolb / Rürup*, a. a. O., S. 87.

Zutreffender sollte von einer allgemeinen Politisierung gesprochen werden, die die gesamte Arbeiterschaft erfaßte, aufgrund bestimmter Umstände aber bei Frauen und Jugendlichen offener gezeigt werden konnte.

Die starke Frauenbeteiligung in Streiks und Unruhen hat sehr klare und nachweisbare Ursachen: Den durch Beruf, Haushalt und Kindererziehung enorm gestiegenen Belastungen standen nicht so harte Repressionsmöglichkeiten gegenüber wie bei Männern. Diese konnten mit Hilfe der Drohung, eingezogen zu werden oder die Betriebe zu militarisieren, stärker unter Druck gesetzt werden als Frauen⁸⁰. Die starke Aktivität von Jugendlichen hat sicherlich eine Ursache in der Tatsache, daß eine wichtige Phase ihrer politischen Urteilsbildung in die Zeit erhöhter Klassengegensätze fiel und dadurch eine radikalere Haltung hervorbrachte. Andererseits mußten gerade Jugendliche für eine schnelle Beendigung des Krieges eintreten, da sie sonst von der Einziehung zum Militär bedroht waren.

Trotz der hohen Streikaktivität von Frauen und Jugendlichen muß betont werden, daß gerade die Metallarbeiter in Braunschweig sehr aktiv vor allem an den großen Streiks teilgenommen haben. Darüber hinaus muß der Grad der politischen Bewußtheit aufgrund der Informationen durch den »Volksfreund«, des regen sozialdemokratischen Versammlungswesens mit seinen spezifischen Frauenversammlungen und Frauendiskussionszirkeln recht hoch angesetzt werden⁸¹.

Der April-Streik 1917 aus Anlaß der Herabsetzung der Brotationen erfaßte in Braunschweig nur die Mühlenbauanstalt von Amme, Giesecke und Konegen, in der die Obleute des DMV besonders stark vertreten waren⁸². Es wurde zwar eine Erhöhung der Teuerungszulage erreicht, jedoch konnte damit die schlechte Versorgungslage nicht beseitigt werden. Dies zeigte sich sehr deutlich in den Verhandlungen zwischen Staatsministerium, Arbeitgebern und Arbeitnehmern⁸³. Die Delegation der Arbeiter, bestehend aus den Gewerkschaftsvertretern der Metallarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter sowie 15 Obleuten (auch aus nicht bestreikten Betrieben), verlangte eine möglichst gerechte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel und die Einrichtung von Volksküchen⁸⁴. Da die Verhandlungspartner sich in diesen Punkten sehr kooperativ verhielten, aber betonten, an dem Lebensmittelmangel grundsätzlich nichts ändern zu können, forderten die Arbeiter die Beendigung des Krieges als einzigen Ausweg. Damit war der Krieg zum erstenmal Gegenstand einer Streikverhandlung geworden.

Auch in Braunschweig scheinen das differenzierte Nachgeben der Behörden und der Arbeitgeber sowie die relativ bessere Versorgungslage, vor allem der Schwerarbeiter, eine Ausweitung des Streiks verhindert zu haben. Anders ist die mangelnde Streikbeteiligung der Schwer- und Schwerstarbeiter sowie der anderen Betriebe kaum verständlich. Auch in diesem Streik beteiligten sich die Frauen und Leichtarbeiter besonders stark⁸⁵.

Die anhaltende Unzufriedenheit im Frühsommer 1917 drückte sich in 3 weiteren Streiks aus, in denen ausgelernete Jugendliche um die Gleichstellung mit ihren männlichen Arbeitskollegen kämpften (Lohnangleichung, Brotzuschlagskarten)⁸⁶. Die Zersplitterung dieser

80 Den Hinweis auf die besonders schwierige Situation der Frauen im Krieg, speziell deren Doppelbelastung, verdanke ich der Diskussion.

81 Die Angaben über die Sitzungen der Parteiorganisationen sind dem »Volksfreund« entnommen, die über den Diskussionszirkel der Arbeiterfrauen finden sich bei *Gast*, S. 53.

82 Verhandlungsprotokoll vom 7. 4. 1917. Siehe Anm. 66.

83 Ebda.

84 Ebda.

85 Ebda. (Äußerung von Kommerzienrat Amme).

86 STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 414; s. auch Streikstatistik, Tab. 5, S. 354 f.

Streikbewegung zeigt aber auch an, daß selbst bei einer starken Übereinstimmung der politischen Zielsetzung die Durchführung einer gut organisierten Streikbewegung seitens der Gewerkschaften während des Krieges nicht möglich war.

Die allgemeine Politisierung erreichte im August-Streik 1917, der für Braunschweig die Vorwegnahme des im übrigen Deutschland erst im Januar 1918 ausbrechenden Antikriegsstriks bedeutete, ihren Höhepunkt. Handzettel, die aufriefen »zur Erreichung des Friedens, Generalstreik in Deutschland Mittwoch, den 15. August 1917; lesen, weitergeben und weitererzählen«, und Mundpropaganda in den Betrieben brachten am ersten Tag des Streiks vor allem Metallarbeiter (ca. 3000) auf die Straße⁸⁷. Am nächsten Tag schlossen sich die anderen Betriebe, in denen vor allem Frauen beschäftigt waren, an. Als Wortführer traten Partei-, Gewerkschafts- und Arbeitervvertreter hervor, wobei der Name der bekanntesten Braunschweiger Sozialdemokratin, Minna Faßhauer, immer wieder genannt wurde.

Auf Drängen der Streikenden fanden zwei Besprechungen im Staatsministerium statt, an denen von seiten der Arbeiter nur Frau Faßhauer und 4 Obleute teilnahmen. Damit fand zum ersten und einzigen Mal die starke Teilnahme der Frauen ihren Ausdruck in einer Verhandlungsdelegation. Als repräsentativ kann die Zusammensetzung des Leitungsteams der Streikversammlungen gelten, das gebildet wurde aus A. Genzen (Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes), Topfstedt (Obleute) und Minna Faßhauer (Parteivvertreterin)⁸⁸.

Die aufgestellten Forderungen entsprachen weitgehend denen des Januar-Streiks 1918 in Leipzig und Berlin⁸⁹. Allerdings zeigte der Verlauf zwei charakteristische Unterschiede: 1. Es wurde kein Arbeiterrat gebildet; 2. die Arbeiterinnen beteiligten sich besonders stark am Streik. Sie hielten den Streik auch dann noch aufrecht, als das Stellvertretende Generalkommando massive Vergeltung angedroht hatte⁹⁰. Während in der Nacht vor dem letzten

87 STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402, Polizeibericht sowie eine Aufstellung über die vom Streik betroffenen Firmen und den Anteil der Streikenden an der Gesamtbelegschaft vom 15. und 22. 8. 1917.

88 Ebda., Polizeibericht.

89 *Feldman / Kolb / Rürup*, a. a. O., S. 93; *Richard Müller*, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Ersten Weltkrieges, Wien 1944, S. 103 – 110. – Folgende Forderungen wurden in Braunschweig gestellt:

- »1. Einsetzung eines Ernährungsausschusses, an dem Vertreter der Arbeiter beratend, bestimmend und mit ausübender Gewalt teilnehmen.
2. Beseitigung aller Sondervergünstigungen für einzelne Schichten der Bevölkerung und gerechte Verteilung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände nach gleichem Maße an die Gesamtbevölkerung.
3. Beseitigung aller Überstundenarbeit. Einführung des achtstündigen Arbeitstages. Entsprechende Lohnerhöhungen. Wiedereinführung der gesetzlichen Arbeiterschutzbestimmungen in den Fabriken. Aufhebung des Hilfsdienstgesetzes.
4. Reform des braunschweigischen Landtagswahlrechtes nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht für alle männlichen und weiblichen Staatsbürger.
5. Aufhebung des Belagerungszustandes und aller Beschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes, sowie des Koalitionsrechtes. Sofortige Ermächtigung zur Herausgabe eines Blattes für die Arbeiterschaft Braunschweigs.*
6. Sofortige Befreiung aller wegen politischer und militärischer Vergehen Verhafteter und Verurteilter, ebenso solcher Personen, die wegen Lebensmittelunruhen verurteilt worden sind.
7. Eintreten der Braunschweiger Regierung für die Anbahnung sofortiger Friedensverhandlungen auf der klar ausgesprochenen Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, ohne Annexionen und Kriegsentschädigungen.
8. Bestimmte Zusage, daß kein am Streike in irgendeiner Weise Beteiligter wegen der Streikbeteiligung gemäßregelt, zum Militäre eingezogen oder strafrechtlich verfolgt werde«.

STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402, Anlage zum Polizeibericht vom 22. 8. 1917. * Vgl. weiter unten, S. 364.

90 Die Bekanntmachungen des Stellvertretenden Generalkommandos sind abgedruckt im Streikbericht des *DMV-Jahrbuchs für 1917*, S. 108.

Streiktag eine große Anzahl Arbeiter in die militarisierten Betriebe eingezogen wurde, nahmen am folgenden Tag wiederum 1500–2000 Streikende, vor allem Frauen, an der verbotenen, aber dennoch stattfindenden Streikversammlung teil⁹¹. Das Ergebnis: Ein eilig einberufenes Kriegsgericht verurteilte 90 Frauen, aber nur 34 Männer zu Gefängnisstrafen zwischen 1 Tag und 1 Jahr wegen unerlaubter Arbeitsniederlegung und/oder Teilnahme an einer verbotenen Versammlung⁹². Die Tatsache, daß kein Arbeiterrat gebildet wurde, läßt sich nur mit dem relativ überschaubaren Umfang der Bewegung erklären, der es erlaubte, jeden Tag eine Streikversammlung einzuberufen und die Verhandlungskommission dort wählen und berichten zu lassen, so daß sich ein intermediäres Gremium erübrigte. Noch stärker aber mag ins Gewicht gefallen sein, daß die lokalen Vertreter der Partei- und Gewerkschaftsführung so sehr mit der Streikbewegung übereinstimmten, daß die Schaffung eines eigenständigen Leitungsorgans für den Streik nicht notwendig erschien. Unter den Verhafteten befanden sich überraschend wenige politisch Verantwortliche: Neben einem Betriebsobmann wurden zwei Vertreter der Arbeiterjugend verurteilt⁹³. Zusätzlich nahm das Stellvertretende Generalkommando Sepp Oerter, den Parteivorsitzenden, und A. Genzen, den Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes, dem der größte Teil der streikenden Frauen angehörte, in Schutzhaft⁹⁴. Der politische Massenstreik war somit zunächst gescheitert. Das Obleutesystem wurde durch Verfolgung und Einziehung stark zerstört. Inwieweit eine Desillusionierung stattfand, konnte noch nicht verifiziert werden. Das Stagnieren der Mitgliederzahlen der Metallarbeitergewerkschaft gegen Ende 1917 deutet darauf hin⁹⁵. Bis zur Novemberrevolution fand in Braunschweig kein Streik mit politischer Zielsetzung mehr statt.

2.4 Das Verhältnis von Führung und Basis

Vergleicht man die Streikbewegung in Braunschweig mit der allgemeinen Streikbewegung im Reich in der Absicht, tendenzielle Gemeinsamkeiten festzustellen, so fallen vor allem die folgenden Veränderungen gegenüber der Vorkriegszeit auf:

1. Betriebliche Einflußführer, die oft aus dem Kader der gewerkschaftlichen Vertrauensleute stammten, erlangten eine sehr große Bedeutung auch dann, wenn ihre politische Überzeugung mit der der lokalen Gewerkschafts- und Parteiführung übereinstimmte.
2. Die Vorbereitung und Leitung von Streiks ging zu einem großen Teil auf betriebliche Einflußführer über und entglitt somit der direkten Kontrolle der Gewerkschaften. Auch die sogenannten spontanen Streiks waren durch kommunikative Vorbereitungsphasen und kollektive Abstimmungen über Streikdauer und Streikziele gekennzeichnet. Ihre Struktur zeigte allerdings eine starke Differenziertheit, deren präzise Analyse den allzu vagen Begriff »spontan« überflüssig machen dürfte.
3. Die politische Situation erzwang eine Ausweitung der Streikziele und eine verstärkte Adressierung der Forderungen an staatliche Stellen. Da die Gewerkschaften häufig an

91 Polizeibericht sowie Namenslisten der Verurteilten (22. 8. und 25. 9. 1917), in: STA WF, 12 A Neu, Fb 7 a, Nr. 3402.

92 Ebda.

93 Ebda.

94 Ebda., Polizeibericht vom 22. 8. 1917.

95 Siehe Tab. 1, S. 346; das Stagnieren der Mitgliederzahlen sowie deren leichten Rückgang im vierten Quartal 1917 interpretiert das *DMV-Jahrbuch für 1917*, S. 8 f. als Beweis für die Sinnlosigkeit des Antikriegsstreiks.

einer engen (wirtschaftlichen) Spezifikation des Streiks festhielten, trat ein Funktionsverlust ihrer Organisation ein.

4. Die Ausweitung der Streikziele zeigte eine verstärkte Politisierung des Streiks an, die durch zunehmende Staatsinterventionen noch verstärkt wurde. Der Streik wurde zum stärksten Ausdruck der Systemkritik (August 1917, Januar 1918) und setzte sich in der revolutionären Massenbewegung des November 1918 fort. Aus der Verselbständigung der Basis entwickelte sich das Revolutionsorgan (Streikleitung – Arbeiterrat – Räte-system).
5. Die weitgehend politische Übereinstimmung in den Zentren der Gegenöffentlichkeit wirkte der Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung entgegen. Gleichzeitig bremste dies die Tendenz zur Verselbständigung bei den betrieblichen Einflußführern. Die weitgehende Erhaltung der Einheit auf der Linie der linken USPD hemmte die Ausbildung einer starken Spartakusgruppe.

Die Umfunktionierung der Streikleitung (Arbeiterrat) zum Staatsorgan beflügelte die Entwicklung basisdemokratischer Räteverfassungen und wurde zum zentralen Konfliktgegenstand der Revolution. Betrachtet man das Verhältnis von Massenbewegung und Organisation, so bleibt festzustellen, daß der Dualismus zwischen beiden, der in Berlin, Bremen, München und anderswo zu blutigen Auseinandersetzungen führte, in Braunschweig nicht so stark entwickelt war. Trotz der relativen Stärke des spartakistischen Einflusses in der Obleute- und Jugendbewegung hat der Spartakus während der Revolutionszeit in Braunschweig nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Aufgrund der relativen Einheitlichkeit der zentralen Bereiche der Gegenöffentlichkeit konnte die Spaltung der Arbeiterbewegung lange aufgeschoben und ab 1917 sehr gering gehalten werden. Die USPD blieb die dominierende Kraft auch in der Novemberrevolution⁹⁶. Trotz der relativen Selbständigkeit der Obleutebewegung trat eine Entfremdung zwischen Führung und Basis nicht ein.

Tabelle 6: Mitgliederzahlen von SPD, USPD und KPD in Braunschweig (1. Reichstagswahlkreis)⁹⁷

	SPD gesamt	männ- lich	weib- lich
31. 3. 1914	11 505	9 512	1 993
31. 3. 1915	6 658	5 267	1 391
31. 3. 1916	5 385	4 103	1 282

⁹⁶ Einen Abriss der Revolution in Braunschweig bietet *Roloff*, S. 30 ff.; immer noch unentbehrlich ist die leider nicht gedruckte Arbeit von *Hans Wenzel*, Das Revolutionsjahr 1918/19 in Braunschweig, PH-Examensarbeit, Braunschweig 1949 (Stadtarchiv Braunschweig). Sehr nützlich ist die Arbeit von *Heinz-Herbert Kassing*, Die Rätebewegung während der Revolution 1918/19 in Braunschweig, Examensarbeit Göttingen 1973 (Stadtarchiv Braunschweig), die vor allem die soziale Zusammensetzung der AuS-Rätebewegung untersucht.

⁹⁷ Die Zahlen für die Jahre 1914 – 1916 sind entnommen: *Volksfreund*, 29. 8. 1916, Beilage; für April 1917: *Gast*, S. 59; für Sept. 1919: Berichte der Reichwehrrschutztruppe vom 4. und 24. 9. 1919: STA Bremen 4, 65; Polizeidirektion, Nachrichtenstelle; für 9. 2. 1920: Bericht der Reichwehrrschutztruppe vom 9. 2. 1920; für 31. 3. 1921: *Volksfreund*, 19. 8. 1921, Beilage.

	MSPD gesamt	männ- lich	weib- lich	USPD gesamt	männ- lich	weib- lich	KPD gesamt
April 1917	ca. 90						
Sept. 1919				11 107	8 964	2 143	1 857
9. 2. 1920				14 525	9 875	4 650	
31. 3. 1921	1 382	1 252	130				

Als die MSPD 1917 in Braunschweig neu gegründet wurde, konnte sie nur ca. 90 Mitglieder aus der bei der USPD verbliebenen Parteimehrheit zu sich herüberziehen. Daß es ihr mit Hilfe eines Gerichtsurteils im April 1917 gelang, der USPD den »Volksfreund« zu entreißen, hat die Radikalisierung der Braunschweiger Oppositionsbewegung nicht stoppen können. Bei den Landtagswahlen im Dezember 1918 erhielt die MSPD im Stadtgebiet Braunschweig 13 430 Stimmen = 19,1 %, während die USPD auf 23 608 Stimmen = 33,5 % kam⁹⁸. Das Ergebnis der Reichstagswahlen 1920 zeigt die Vorherrschaft der USPD (= 42,4 %) gegenüber der MSPD (= 8,0 %) in der Stadt Braunschweig noch deutlicher.

Die Selbständigkeit der Obleute und die Spontaneität der Massenaktionen können erklärt werden als Folge des Belagerungszustandes, der eine uneingeschränkte Gegenöffentlichkeit nicht zuließ und konspiratives Vorgehen begünstigte. Dadurch mußte der Einfluß betrieblicher Meinungsführer zunehmen und das leichter zu kontrollierende Organisationsleben zurückgehen.

In der Novemberrevolution konnte die Parteiführung der USPD den relativen Vorsprung der Obleute wieder aufholen und die Führung in der Braunschweiger Massenbewegung weitgehend behaupten. Selbstverständlich gab es auch in Braunschweig das Problem der Dualität zwischen Arbeiter- und Soldatenrat und Parlament sowie gewisse Spannungen zwischen AuS-Rat und Regierung der Volksbeauftragten⁹⁹. Trotz der Vorherrschaft der Obleute und der starken Stellung der Jugendvertreter im AuS-Rat, die vornehmlich zum Spartakus tendierten, setzte sich die Regierung der Volksbeauftragten fast ausschließlich aus Parteivertretern der USPD (u. a. Sepp Oerter, August Junke, Gustav Gerecke, Carl Eckardt, Minna Faßhauer, August Wesemeier) zusammen¹⁰⁰. Entgegen dem Wunsch des Spartakus wurde das örtliche Gewerkschaftskartell mit der Durchführung der ersten institutionalisierten Wahlen zum Arbeiterrat (25. 11. 1918) beauftragt¹⁰¹. Dies sowie die Tatsache, daß die einzige Vorschlagsliste von der USPD erstellt wurde, belegt die führende Funktion der USPD. Die bedeutende Rolle der Arbeiterfrauen in der Streikbewegung der Kriegszeit fand keine adäquate Repräsentation in den Institutionen der Revolutionszeit. Dieser Mangel wurde zwar erkannt¹⁰², jedoch blieb Minna Faßhauer die einzige Frau in diesem Kreis. Hier wirkte die alte Struktur der Arbeiterbewegung nach, in der die Frauen keine institutionalisierte Vertretung besaßen oder, wie im Fabrikarbeiterverband, vornehmlich von Männern geleitet wurden. Während die institutionalisierte Arbeiterjugend

98 Volksfreund, 23. 12. 1918 und 7. 6. 1920.

99 Z. B. über Festsetzung des Wahltermins zum Landtag sowie die Behandlung des Landtags selbst, der nicht eine Zusammensetzung im Sinne der Revolutionäre gefunden hat.

100 Volksfreund, 11. 11. 1918.

101 Volksfreund, 21. 11. 1918.

102 Volksfreund, 26. 11. 1918, der die mangelnde Wahlbeteiligung von Frauen an der Arbeiterratswahl feststellt.

ständig ansprechbar und zu Aktionen verfügbar war (Rückeroberung des »Volksfreund« am 8. 11. 1918, Saalschutz bei Merges-Reden im Sommer 1919)¹⁰³, fehlte den Frauen ein entsprechender organisatorischer Rückhalt.

Obwohl die USPD auf Reichsebene für einen sehr weit hinausgeschobenen Wahltermin für die Nationalversammlung plädierte, setzte die Braunschweiger Regierung, die nur aus Vertretern der USPD und des Spartakus bestand, die Landtagswahlen für den Freistaat Braunschweig bereits auf den 22. Dezember 1918 fest. Während die USPD in der Stadt Braunschweig fast doppelt so viele Stimmen erhielt wie die MSPD, wurde die MSPD stärkste Fraktion im Landtag (17 Mandate, USPD 14 Mandate). Damit war die USPD trotz ihrer Monopolstellung in den Revolutionsorganen im Landtag zu einer Koalition mit der MSPD gezwungen. Es stellte sich heraus, daß an einem aus freien Wahlen hervorgegangenen Parlament nicht vorbeiregiert werden konnte. Untersucht man die Vorstellungen der USPD-Regierung um die Jahreswende 1918/19, so mag die Feststellung erlaubt sein, daß die aktive Durchführung des Programms des 1. Rätekongresses: demokratisches Heer und Sozialisierung auf parlamentarischer Basis, mit dieser USPD-Regierung durchaus möglich gewesen wäre. Die Entwicklung im Reich aber stand dem entgegen.

3. SCHLUSSBEMERKUNG ZUM INTERPRETATIONSRAHMEN

Der Zweck dieses Abrisses konnte nicht darin bestehen, eine fertige Erklärung der Braunschweiger Arbeiterbewegung in der Kriegszeit vorzulegen. Dafür sind noch zu viele Fragen offengeblieben: Die noch nicht oder nur ungenügend berücksichtigten Bereiche der Gegenöffentlichkeit, z. B. in der Armee, in Arbeiterwohnvierteln, im Vereinswesen oder im Zusammenhang mit dem Freizeitverhalten, müssen noch untersucht und gewichtet werden. Die spezifischen Berufs- und Betriebsverhältnisse, das Übergewicht der Metallberufe in den Revolutionsorganen¹⁰⁴, die Rolle der Frauen, ihre erwartete und dann auch eingetretene Wiederausgliederung aus der Kriegswirtschaft¹⁰⁵, die dadurch bedingte Kurzfristigkeit ihres beruflichen Erwartungshorizonts und ihr anscheinend geringeres Interesse an langfristiger Strategie – alle diese Probleme konnten nicht behandelt werden. Trotz der Vorläufigkeit des hier entwickelten Analyserahmens soll die Frage wenigstens gestellt, wenn auch nicht beantwortet werden, ob die Untersuchung der Gegenöffentlichkeit und der ihr nachfolgenden Massenbewegungen auch zur Analyse lokaler Entwicklungen geeignet ist, die

- a) weitgehend von der MSPD dominiert wurden wie beispielsweise in Hannover, Osnabrück und Magdeburg oder
- b) eine tiefgreifende Spaltung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung erlebten wie Berlin, Bremen oder auch Hamburg und wo die betriebliche Gegenöffentlichkeit sowie deren Meinungsführer weitgehend in Opposition standen zu den Organisationsspitzen und zur lokalen sozialdemokratischen Presse (Berlin, Hamburg).

Eine Antwort auf diese Frage wird nur auf der Basis vergleichender Lokalstudien zu geben sein. Dennoch soll angedeutet werden, in welcher Richtung eine Antwort für den Problemkomplex des Verhältnisses von Führung und Basis möglich erscheint. Es wird erwartet, daß die Massenbewegungen der von der MSPD dominierten Städte u. a. über einen noch zu

103 Über diese Aufgaben berichtet Wilhelm Hillger, Interview vom 1. 12. 1976.

104 Siehe Anm. 96.

105 Siehe Tab. 2, S. 347.

bestimmenden Grad an innerer Organisation (wie er für Lebensmittelunruhen und kleinere Arbeitsniederlegungen festgestellt werden kann) nicht hinausgekommen sind, so daß sich keine organisatorische Eigenständigkeit der Massenbewegungen herausbildete oder diese dann, als sie nicht mehr zu umgehen war wie im Falle der Arbeiter- und Soldatenräte, von den MSPD-Repräsentanten besetzt wurden. Von den lokalen Bewegungen, deren Gegenöffentlichkeit in ihren wichtigsten Kristallisationsbereichen zersplittert war, wird eine verstärkte Tendenz zur organisatorischen Verselbständigung der Massenbewegung in den einzelnen Kristallisationsbereichen erwartet.